



Abschlussarbeiten am Institut für Europäische Studien (AIES-online)

Nr. 24

Same same but different – Warum ist das Phänomen des Euroskeptizismus in den Ländern der EU-Osterweiterung unterschiedlich stark ausgeprägt?

Eine vergleichende Fallstudie der Länder Lettland und Tschechien

von

Swantje Ehlers



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Oktober 2018

Swantje Ehlers ist Absolventin des Studienganges Europastudien mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung. Der hier vorliegende Text stellt die überarbeitete Fassung ihrer Bachelorarbeit dar, die an der Professur für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas erarbeitet und von Prof. Dr. Stefan Garsztecki und Andreas Löwe betreut wurde.

Impressum

Herausgeber: Institut für Europäische Studien

Anschrift: TU Chemnitz, Institut für Europäische Studien, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz

Erscheinungsort: Chemnitz

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Begriffsdefinition Euroskeptizismus.....	5
3	Stand der Forschung	8
4	Forschungsdesign und methodisches Vorgehen	10
4.1	Die Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs.....	10
4.2	Operationalisierung von Euroskeptizismus auf Parteebene.....	12
4.3	Operationalisierung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene.....	14
5	Euroskeptizismus auf Parteebene in Lettland und Tschechien	17
5.1	Lettland	18
5.1.1	Euroskeptizismus im lettischen Parteiensystem.....	19
5.1.2	Analyse der Ergebnisse	21
5.2	Tschechien.....	26
5.2.1	Euroskeptizismus im tschechischen Parteiensystem	27
5.2.2	Analyse der Ergebnisse	34
5.3	Vergleich der Ergebnisse.....	39
6	Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene in Lettland und Tschechien	41
6.1	Politischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien	42
6.2	Identitätsbasierter Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien	43
6.3	Demokratischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien.....	45
6.4	Ökonomischer/Utilitaristischer Euroskeptizismus.....	46
6.5	Analyse der Ergebnisse	47
7	Fazit	54
8	Diskussion und Ausblick	56

Abkürzungsverzeichnis

ČSSD	Česká strana sociálně demokratická <i>deutsch:</i> Tschechische Sozialdemokratische Partei
EB	Eurobarometer
EFTA	European Free Trade Association
EU	Europäische Union
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
KDU-ČSL	Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová <i>deutsch:</i> Tschechoslowakische Volkspartei
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy <i>deutsch:</i> Kommunistische Partei Böhmen und Mährens
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ODS	Občanská demokratická strana <i>deutsch:</i> Demokratische Bürgerpartei
SPD	Svoboda a přímá demokracie <i>deutsch:</i> Freiheit und Direkte Demokratie
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Operationalisierung von Euroskeptizismus auf Parteebene	13
Abbildung 2:	Fragenauswahl zur Erhebung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene	16
Abbildung 3:	Parteienauswahl für die Untersuchung	17
Abbildung 4:	Politischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien	42
Abbildung 5:	Identitätsbasierter Euroskeptizismus in Lettland	44
Abbildung 6:	Identitätsbasierter Euroskeptizismus in Tschechien	44
Abbildung 7:	Demokratischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien	45
Abbildung 8:	Ökonomischer/Utilitaristischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien 2010	46
Abbildung 9:	Ökonomischer/Utilitaristischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien 2017	47

1 Einleitung

Das Thema Euroskeptizismus hat mittlerweile maßgeblichen Einfluss auf den Europadiskurs in den Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU). Parteien mit EU-kritischen Positionen und Programmen nehmen in zahlreichen Ländern der EU erfolgreich an Wahlen teil, erstmals steht mit Großbritannien ein Mitgliedstaat vor dem Austritt aus der Europäischen Union. Hinzu kommen Krisen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise und die seit 2015 bestehende Migrations- und Flüchtlingskrise, die sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik grundsätzliche Kritik an der Europäischen Union und ihrer Arbeitsweise laut werden lassen.

Auch in den Ländern der ersten EU-Osterweiterung von 2004 hat sich die Einstellung gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen in den letzten Jahren gewandelt. Der anfängliche „*Return-to-Europe*“-Diskurs, der in der Zeit vor und unmittelbar nach dem Beitritt in den neuen Mitgliedstaaten vorherrschte, ist heute einer weitaus kritischeren Haltung gegenüber der EU gewichen (Austers 2016: 86f., Havlík et al. 2017: 59). Doch es gibt Unterschiede in der Ausprägung von Euroskeptizismus in den Mitgliedstaaten Ostmitteleuropas. Während mit Ungarn, Polen und Tschechien vor allem Vertreter der Visegrád-Gruppe für ihre konfrontativen EU-Diskurse bekannt sind, ist der Europadiskurs in anderen Ländern der EU-Osterweiterung weit weniger kritisch.

Im Zuge der Bachelorarbeit soll untersucht werden, warum der Euroskeptizismus in den Ländern der EU-Osterweiterung unterschiedlich stark ausgeprägt ist und wie sich dieser im Zeitverlauf von 2010 bis 2017 gewandelt hat. Die Untersuchung erfolgt anhand eines Fallstudienvergleichs der Länder Lettland und Tschechien. Tschechien gehört zu den Ländern, denen ein verhältnismäßig starker Euroskeptizismus unterstellt wird. Über die Ausprägung und Stärke von Euroskeptizismus in Lettland ist hingegen wenig bekannt, das Land fällt nicht durch euroskeptische Töne auf. Beide Länder eignen sich für den Vergleich, da sie sich in Bezug auf grundlegende Rahmenbedingungen ähneln. So weisen sowohl Lettland als auch Tschechien eine kommunistische Vergangenheit auf, beide sind im Verhältnis zur durchschnittlichen Bevölkerungszahl der EU-Mitgliedsländer relativ klein (Lettland: rund 2 Millionen Einwohner, Tschechien: rund 11 Millionen Einwohner (vgl. Eurostat 2018)), sie sind der Europäischen Union zeitgleich am 1. Mai 2004 im Zuge der ersten Osterweiterung

beigetreten und zählen beide zu der Gruppe der Netto-Empfänger, erhalten also mehr Geld aus dem EU-Haushalt als sie zu diesem beitragen (Europäische Kommission 2017a: 90f.).

Beginnend mit der Definition des Begriffs Euroskeptizismus und einem Überblick über den Stand der Forschung zu diesem Thema, folgt die Beschreibung von Forschungsdesign und Methodik. Dem Punkt schließt sich die eigentliche Untersuchung an, welche für beide Länder auf zwei Ebenen erfolgt.

Der erste Untersuchungsblock widmet sich dem Euroskeptizismus auf der Parteebene. Dabei soll herausgefunden werden, wie euroskeptisch die Parteienlandschaften der beiden Länder sind und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es hinsichtlich der Ausprägung des Phänomens gibt.

Der zweite Untersuchungsblock behandelt den Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien auf Bevölkerungsebene. Dafür wird der bevölkerungsbasierte Euroskeptizismus in vier Dimension unterteilt - in politischen, identitätsbasierten, demokratischen und ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus.

Die Untersuchungszeiträume sind für beide Untersuchungsblöcke in etwa deckungsgleich, sodass sie hinsichtlich ihrer zeitlichen Rahmenbedingungen vergleichbar sind.

An die einzelnen Untersuchungsblöcke schließt sich die ausführliche Analyse der jeweiligen Untersuchungsergebnisse an, um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den beiden Ländern hinsichtlich des Euroskeptizismus nicht nur zu benennen, sondern auch zu erklären. Den Abschluss der vorliegenden Arbeit bildet das Fazit und die Beantwortung der Forschungsfrage, gefolgt von einer ausführlichen Diskussion der Ergebnisse sowie einem Ausblick über weiterführende Forschungsarbeiten.

2 Begriffsdefinition Euroskeptizismus

Der Begriff Euroskeptizismus (engl. *Euroscepticism*) hielt in Großbritannien im Zuge der Entwicklung des Europäischen Binnenmarktes Mitte der 1980er Jahre Einzug in die öffentliche Debatte (Leconte 2010: 3). Mit Beginn der Ratifizierungsphase des Maastricht-Vertrages Anfang der 1990er Jahre wurde der Begriff auch zunehmend in Kontinentaleuropa verwendet (ebd. 3f.). Zunächst nutzten britische Journalist_innen und Politiker_innen den Begriff *Eurosceptics* als Bezeichnung für hauptsächlich konservative Parlamentsabgeordnete, die der

Gründung eines Europäischen Binnenmarktes kritisch gegenüberstanden (Leruth et al. 2018: 4). Es ist bemerkenswert, dass ein Begriff, der ursprünglich für die polemische Betitelung von EU-Kritikern im politischen Meinungskampf Großbritanniens verwendet wurde, in der heutigen Wissenschaft als feststehender Terminus anerkannt und weit verbreitet ist. Doch der nicht-wissenschaftliche Ursprung des Begriffs Euroskeptizismus erschwert seine Konzeptualisierung und macht es fast unmöglich ihn trennscharf und eindeutig zu definieren. So gibt es bis heute keine allgemeingültige Definition von Euroskeptizismus, jedoch häufig die Tendenz sämtliche negativen Einstellungen gegenüber der Europäischen Union unter dem Begriff Euroskeptizismus zusammenzufassen (Flood 2002: 3; Szczerbiak und Taggart 2008: 243). Die bewusst kompliziert gehaltene Definition von Chris Flood veranschaulicht, welche definitorischen Schwierigkeiten das Phänomen Euroskeptizismus mit sich bringt, wenn die Multidimensionalität des Begriffs nicht dem wissenschaftlichen Kontext entsprechend aufgeschlüsselt wird:

[...] Euroskeptizismus könnte definiert werden [...] als in Verhalten und Kommunikation zur Schau getragene Einstellungen und Meinungen (von Teilnahme an organisierter politischer Aktion über die Beteiligung an Wahlen oder Referenden und Teilnahme an Meinungsumfragen), welche Zweifel ausdrücken an der Erwünschtheit **und/oder** den Vorteilen **und/oder** der langfristigen Funktionsfähigkeit der Europäischen Integration **und/oder** EU-Integration als ein Ziel **oder** in ihrer gegenwärtigen Form **oder** in Bezug auf einige wichtige Aspekte dieses Gefüges aus Institutionen, Prozessen und Politikfeldern **und/oder** in Bezug auf ihre für die Zukunft erwartete Gestaltung.¹ (Flood, 2002: 3)

Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit sowohl methodisch als auch definitorisch zwischen Euroskeptizismus auf Parteebene und Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene unterschieden.

Für Euroskeptizismus auf Parteebene wird die Definition von Paul Taggart und Aleks Szczerbiak herangezogen, welche zwei Formen von Euroskeptizismus in Parteien umfasst, den sogenannten *hard Euroscepticism* und den *soft Euroscepticism*. Der *hard Euroscepticism* wird definiert durch „einen grundsätzlichen Widerstand gegen das Projekt Europäischer

¹ „[...] *Euroscepticism might be defined [...] as attitudes and opinions represented in discourses and behaviours (ranging from participation in organized political action to voting in elections or referenda and responding to public opinion polls) which express doubt as to the desirability **and/or** benefits **and/or** long-term viability of European **or/and** EU integration as an objective **or** in the general framework created so far **or** in some important aspects of that framework of institutions, processes and policies **and/or** as it is anticipated to occur in the future.*“ übersetzt von S. Ehlers, nach Flood (2002).

Integration wie durch die EU verkörpert, mit anderen Worten basierend auf der [...] Übertragung von Kompetenzen auf eine supranationale Institution wie die EU.² (Szczerbiak und Taggart 2008: 247f.).

In Abgrenzung dazu wird *soft Euroscepticism* nicht durch „grundsätzliche Einwände gegen das Projekt Europäischer Integration oder gegen die Kompetenzübertragung auf eine supranationale Körperschaft wie die EU“ definiert, sondern durch „[...] Widerstand gegen die gegenwärtige oder zukünftig geplante Linie der EU basierend auf dem Streben nach einer weiteren Ausdehnung ihrer Kompetenzen.“³ (ebd. 248)

Während sich euroskeptische Parteien mittels dieser zweiteiligen Definition recht einfach in zwei Lager einteilen lassen, ist die Definition von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene komplizierter. Ohne an diesem Punkt detailliert auf die methodische Konzeptualisierung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene eingehen zu wollen, muss hier darauf hingewiesen werden, dass in sämtlichen Untersuchungen, die es zu bevölkerungsbasiertem Euroskeptizismus gibt, ebendieser zunächst in mehrere Dimensionen unterteilt wird. Meistens werden diese Dimensionen dann wiederum entweder der Kategorie 'diffuser Euroskeptizismus' oder der Kategorie 'spezifischer Euroskeptizismus' zugeordnet, angelehnt an David Eastons Theorie des *Political Support* (1975) (u.a. Boomgaarden et al. 2011, Havlik et al. 2017, Serricchio et al. 2013). Sämtliche Dimensionen eines multidimensionalen Begriffs in nur einer Definition zu erfassen, ist – wie der Versuch von Flood beweist – nicht zu empfehlen. Die Konzeptualisierung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene mitsamt seinen zu untersuchenden Dimensionen erfolgt jedoch erst im Rahmen des Forschungsdesigns. Da diesem Punkt nicht vorgegriffen werden soll, wird bevölkerungsbasierter Euroskeptizismus zunächst allgemein definiert als „eine ablehnende Haltung – von gewisser Stärke und Dauer gegenüber der EU in ihrer Gesamtheit oder gegenüber bestimmten Politikfeldern oder

² “[H]ard Euroscepticism [...] might be defined as principled opposition to the project of European integration as embodied in the EU, in other words, based on the ceding or transfer of powers to a supranational institution such as the EU” übersetzt von S. Ehlers, nach Szczerbiak und Taggart (2008).

³ “Soft Euroscepticism [...] might be [...] defined as when there is not a principled objection to the European integration project of transferring powers to a supranational body such as the EU, but there is opposition to the EU’s current or future planned trajectory based on the further extension of competencies that the EU is planning to make” übersetzt von S. Ehlers, nach Szczerbiak und Taggart (2008).

Entwicklungen“⁴ (Sørensen 2008: 6), wohlwissend, dass diese Definition noch nicht die Multidimensionalität des Phänomens widerspiegelt.

3 Stand der Forschung

Das Forschungsfeld rund um das Phänomen Euroskeptizismus ist verhältnismäßig jung. Aus wissenschaftlicher Perspektive wurde das Phänomen erst in den 1990er Jahren betrachtet, als im Zuge der Verhandlungen des Maastricht-Vertrages die öffentliche Kritik an der weiterführenden Europäischen Integration lauter wurde und Eurothemen eine stärkere Politisierung durch Parteien erfuhren (Oberkirch und Schild 2010: 5). Mit anderen Worten: „Der Vertrag von Maastricht wirkte gewissermaßen als Katalysator und offenbarte binnen kürzester Zeit, dass der Euroskeptizismus kein auf die britische politische Elite beschränktes Phänomen mehr war“ (ebd. 9). Der negative Ausgang des ersten Referendums zur Ratifizierung des Maastricht-Vertrages in Dänemark und das knappe Ergebnis des gleichen Referendums in Frankreich zugunsten des Vertragswerkes belegen dies (vgl. Leconte 2010: 22f.).

Als grundlegend im Bereich der Euroskeptizismusforschung gelten die Arbeiten von Paul Taggart, der 1997 erstmals den Euroskeptizismus in den Parteiensystemen der Mitgliedstaaten untersuchte (Taggart 1997), und der zusammen mit Aleks Sczcerbiak 2001 den viel beachteten Versuch unternahm, das Phänomen Euroskeptizismus auf Parteebene zu konzeptualisieren. Das Modell, euroskeptische Parteien in die Kategorien *hard Eurosceptic* und *soft Eurosceptic* zu unterteilen, gilt bis heute als wichtigste Grundlage für die wissenschaftliche Diskussion von parteienbasiertem Euroskeptizismus (Havlík et al. 2017: 25). In Reaktion auf das *hard Euroscepticism/soft Euroscepticism*-Modell entstanden außerdem zahlreiche weitere Konzeptualisierungen von Euroskeptizismus auf Parteebene. Hier sind insbesondere Petr Kopecky und Cas Mudde zu nennen, die als Alternativkonzept zur Erfassung von Euroskeptizismus auf Parteebene eine vierteilige Typologie von Parteipositionen zu Europa vorlegten (Kopecky und Mudde 2002: 302ff.).

⁴ “[...] the paper defines euroscepticism in a broad manner, as a sentiment of disapproval—reaching a certain degree and durability—directed towards the EU in its entirety or towards particular policy areas or developments [sic!]” übersetzt von S. Ehlers, nach Sørensen (2008).

Das Phänomen Euroskeptizismus ist jedoch vielschichtig und Euroskeptizismus auf Parteebene ist nur eine untersuchte Ausprägung. Neben den Studien zu parteienbezogenem Euroskeptizismus bildet das Forschungsfeld des *public Euroscepticism*, also die Ausprägung des Phänomens auf Bevölkerungsebene, einen weiteren Schwerpunkt in der Euroskeptizismusforschung. In diesem Bereich gibt es keine Arbeiten, die ähnlich stark hervorstechen wie die Untersuchungen von Taggart und Szczerbiak oder Kopecky und Mudde. Dennoch gibt es hier erwähnenswerte Untersuchungen, etwa Catharina Sørensens vierteilige Typologie von *public Euroscepticism* (2008) oder die Arbeit von Cécile Leconte (2010), die das Phänomen sowohl im Zeitverlauf als auch aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven untersucht. Häufig werden für die Untersuchung von Euroskeptizismus Ländergruppen herangezogen, etwa westeuropäische bzw. „alte“ Mitgliedstaaten wie bei Patrick Moreau und Birte Wassenberg (2016), Taggart (1998) und Sørensen (2008) oder osteuropäische bzw. „neue“ Mitgliedstaaten wie etwa bei Taggart und Szczerbiak (2001), Kopecky und Mudde (2002) oder Laure Neumayer (2008). Es gibt aber auch zahlreiche Einzelfallstudien, die sich mit den verschiedenen Dimensionen von Euroskeptizismus in einem bestimmten Land innerhalb oder außerhalb der EU befassen, wie etwa die Studie von Vlastimil Havlík et al. (2017) zu Euroskeptizismus in Tschechien oder die Arbeit von Can Büyükbay (2015) zu Euroskeptizismus in der Türkei. Wieder andere Untersuchungen widmen sich einer sehr spezifischen Form von Euroskeptizismus, beispielsweise medialem Euroskeptizismus (Adam 2009, Anderson und Weymouth 1999) oder Euroskeptizismus im Europäischen Parlament (Brack 2018, Brack 2015). Während sich das Gros der Veröffentlichungen zum Thema Euroskeptizismus mit der Ausprägung des Phänomens auf Parteebene und Bevölkerungsebene befasst, beschäftigt sich hingegen nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Forschungsarbeiten mit dem Euroskeptizismus innerhalb der EU-Institutionen (Szczerbiak und Taggart 2018: 11). Die seit den frühen 2000er Jahren stetig wachsende Zahl der Untersuchungen zu dem Thema Euroskeptizismus und die Vielzahl der dabei gesetzten Forschungsschwerpunkte unterstreichen die Multidimensionalität des Phänomens und stehen gleichzeitig für die damit einhergehende Theorie- und Methodenvielfalt, die es zu dessen Erfassung gibt.

Der Vergleich des Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien, der im Zuge der vorliegenden Arbeit durchgeführt werden soll, schließt an die bisherige Forschung an. Anstatt die Mitgliedsländer Ostmitteleuropas jedoch als einen in sich mehr oder weniger geschlossenen Block zu betrachten, liegt der Fokus auf den Unterschieden, die in den Ländern hinsichtlich

der Ausprägung von Euroskeptizismus vorzufinden sind. Der systematische Vergleich beider Länder soll es ermöglichen, aus der Untersuchung verallgemeinerbare Entstehungsursachen von Euroskeptizismus abzuleiten.

4 Forschungsdesign und methodisches Vorgehen

In der vorliegenden Arbeit wird für den Vergleich der zwei Fälle Lettland und Tschechien in Bezug auf Euroskeptizismus die Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs nach Alexander George und Andrew Bennett angewendet (Bennett und George 2004: 67 ff.). Um die Multidimensionalität des Phänomens Euroskeptizismus erfassen zu können, wird Euroskeptizismus in zwei Subtypen unterteilt, in Euroskeptizismus auf Parteebene und Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene. Die Arbeit gliedert sich also in zwei größere Untersuchungsblöcke mit den entsprechenden abhängigen Variablen Euroskeptizismus auf Parteebene und Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene, welche unterschiedlich operationalisiert werden. Im Folgenden soll zunächst die Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs erläutert werden, bevor im Anschluss das konkrete Vorgehen zur Operationalisierung der Subtypen Euroskeptizismus auf Parteebene und Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene vorgestellt wird.

4.1 Die Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs

Die von Alexander George und Andrew Bennett entwickelte Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs ermöglicht den kontrollierten Vergleich von zwei oder mehr Fällen. Das besondere Merkmal hierbei ist, dass sämtliche Fälle nach demselben Muster untersucht werden, sodass ihre Vergleichbarkeit gewährleistet ist (Jahn 2013: 340). Generell wird durch die Betrachtung von mehr als einem Fall der Generalisierungsgrad der Untersuchungsergebnisse erhöht, sodass vergleichende Fallstudien ein größeres wissenschaftliches Gewicht haben als Einzelfallstudien (Jahn 2013: 324f.). Jedoch ist es erforderlich, dass die Informationen zwischen den einzelnen Fällen auch tatsächlich vergleichbar sind. Die Methode von Bennett und George trägt diesem Erfordernis durch zwei besondere Eigenschaften Rechnung: Zum einen ist der Vergleich strukturiert, das heißt, die

theoretischen Konzepte und Variablen, die für die Untersuchung herangezogen werden, sind für alle Fälle identisch und auch die Form der Datenerhebung erfolgt nach einem einheitlichen System (Bennett und George 2004: 69f.).

Zum anderen ist der Vergleich fokussiert. Damit ist gemeint, dass keine holistische Betrachtung eines Untersuchungsgegenstandes angestrebt wird, sondern dass die Untersuchung sich auf einzelne Teilaspekte beschränkt und diese möglichst präzise zu erfassen versucht (ebd. 70).

Insbesondere die Aufteilung eines Untersuchungsgegenstandes in mehrere kleine Untersuchungseinheiten macht die Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs für die Untersuchung eines multidimensionalen Phänomens wie dem Euroskeptizismus interessant. Die Unterteilung von Euroskeptizismus in die Subtypen 'Euroskeptizismus auf Parteebene' und 'Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene' ist also nicht nur aufgrund der definitorischen Unschärfe des Begriffs sinnvoll, sondern auch methodisch erwünscht.

Um es noch einmal für den vorliegenden Fallstudienvergleich auf den Punkt zu bringen: Die theoretische Grundlage, die zu untersuchenden Variablen und auch die Form der Datenerhebung gelten gleichermaßen für Lettland und Tschechien, auch wenn per definitionem für die Untersuchung von Euroskeptizismus auf Parteebene andere Theorien und entsprechend andere Variablen verwendet werden als für die Untersuchung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene.

Wie Euroskeptizismus auf Parteien- und auf Bevölkerungsebene in dieser Arbeit gemäß der beschriebenen Methode operationalisiert werden soll, wird in den nächsten beiden Abschnitten erläutert. Laut Bennett und George sind zwei Punkte bei der Anwendung ihrer Methode jedoch von besonderer Relevanz: zum einen sollte das geplante Forschungsvorhaben eng an bereits existierende Literatur anknüpfen, um nach der Untersuchung den eigenen Beitrag zum Forschungsstand bewerten zu können. Zum anderen muss der theoretische Rahmen der Untersuchung klar definiert sein (Bennett und George 2004: 70). Um diese Vorgaben erfüllen zu können, werden beide Subtypen von Euroskeptizismus auf der Grundlage von bereits existierenden Theorien operationalisiert.

4.2 Operationalisierung von Euroskeptizismus auf Parteebene

Aufgrund ihrer wissenschaftlichen Relevanz bildet die Theorie des *hard* und *soft Euroscepticism* von Taggart und Szczerbiak die Grundlage für die Untersuchung von Euroskeptizismus auf Parteebene. Diese Theorie unterteilt euroskeptische Parteien in zwei Gruppen, wobei die Trennlinie zwischen den Gruppen entlang der Frage verläuft, ob eine Partei dem Prinzip der Europäischen Integration, sprich einer supranationalen Institution nationale Kompetenzen zu übertragen, grundsätzlich zustimmt oder nicht.⁵ Doch anhand welcher konkreten Anhaltspunkte lässt sich feststellen, ob Parteien euroskeptisch sind oder nicht? Szczerbiak und Taggart haben als Reaktion auf Kritik an ihrem ersten Konzept zur Erfassung euroskeptischer Parteien dieses um einige Angaben ergänzt. Diese bieten Orientierungshilfe bei der Einordnung von Parteipositionen, wobei *hard Euroscepticism* bzw. *soft Euroscepticism* jeweils Dimensionen der abhängigen Variable Euroskeptizismus auf Parteebene sind. Demnach ist eine Partei nicht euroskeptisch, nur weil sie:

- die Meinung vertritt, dass die nationalen Interessen ihres Landes in der EU keine ausreichende Berücksichtigung finden (Szczerbiak und Taggart 2008: 249f.) und/oder
- einzelne periphere Politikfeldern der EU kritisiert (ebd. 250f.) und/oder
- eine mögliche Erweiterung um weitere Mitgliedstaaten ablehnt (ebd. 251) und/oder
- der EU ein Demokratie-Defizit attestiert (ebd.).

Auf Grundlage dieser Aufzählung wurde folgendes Schema erstellt, um die Einteilung von euroskeptischen Parteien in ihre jeweilige Kategorie vorzunehmen:

⁵ Zur Erinnerung:

"[H]ard Euroscepticism [...] might be defined as principled opposition to the project of European integration as embodied in the EU, in other words, based on the ceding or transfer of powers to a supranational institution such as the EU" (Szczerbiak und Taggart 2008: 247f.)

"Soft Euroscepticism [...] might be [...] defined as when there is not a principled objection to the European integration project of transferring powers to a supranational body such as the EU, but there is opposition to the EU's current or future planned trajectory based on the further extension of competencies that the EU is planning to make" (Szczerbiak und Taggart 2008: 248)

Abbildung 1: Operationalisierung von Euroskeptizismus auf Parteebene

Dimension der abhängigen Variable	Indikatoren ⁶	Unabhängige Variable ⁷
hard Euroscepticism	- Partei fordert Austritt aus der Europäischen Union - Partei fordert Rückgabe sämtlicher EU-Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten	- Nationale ökonomische Situation - Veränderung der innen- und /oder außenpolitischen Situation - Soziale/kulturelle Gegebenheiten im Land
soft Euroscepticism	- Partei kritisiert ein oder mehrere Kernpolitikfelder ⁸ der EU: <ul style="list-style-type: none"> • WWU • Migration/Asyl • GASP • Energieunion - Partei spricht sich gegen weitere politische Integration aus, z.B. im Zuge eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ⁹ (≠ Kritik an Erweiterung um neue Mitgliedstaaten)	- Nationale ökonomische Situation - Veränderung der innen- und /oder außenpolitischen Situation - Soziale/kulturelle Gegebenheiten im Land

Eigene Darstellung

Da der Umfang dieser Arbeit nicht ausreicht, um die gesamten Parteiensysteme beider Länder zu untersuchen, werden die Wahlergebnisse der letzten zwei Parlamentswahlen in Lettland und Tschechien berücksichtigt. Es werden mithilfe des Schemas in Abbildung 1 die Partei- und Wahlprogramme folgender Parteien hinsichtlich euroskeptischer Äußerungen untersucht:

- Die Regierungsparteien der letzten beiden Legislaturperioden (bei Regierungskoalitionen wird die jeweils stärkste Partei berücksichtigt)
- Die jeweils stärkste Oppositionspartei der letzten beiden Legislaturperioden
- Eine Protestpartei der letzten zwei Legislaturperioden mit überregionalem Einfluss

⁶ Entsprechende Äußerungen in Wahl- oder Parteiprogrammen

⁷ Diese unabhängigen Variablen wurden gewählt in Anlehnung an Topaloff 2018: "Politics does not happen in a vacuum, so Euroscepticism can be seen as a reactive phenomenon [...] for other [...] political, economic and social changes." (65).

⁸ Die Auswahl dieser vier Kernpolitikfelder wurde auf Grundlage der zehn Prioritäten der Kommission 2015-2019 getroffen (vgl. Juncker 2014).

⁹ Unter dem Begriff Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ist eine Vertiefung der Europäischen Union auf freiwilliger Basis zu verstehen. Integrationswillige Mitgliedstaaten können dabei weitere Integrationschritte in einzelnen Politikbereichen vornehmen, während andere Mitgliedstaaten diese gar nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchführen (Völlinger 2017).

4.3 Operationalisierung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene

Der Untersuchung des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene liegt die Theorie des *Political Support* von David Easton (1975) zugrunde, welche wiederum von mehreren Autor_innen der Euroskeptizismusforschung übernommen wurde. In seiner Theorie unterteilt Easton die politische Unterstützung eines Systems in diffuse und spezifische Unterstützung. Dabei bezieht sich die spezifische Unterstützung auf Autoritäten und deren (wahrgenommene) Entscheidungen, Handlungen, Inhalte, Äußerungen und ihren grundsätzlichen Stil (Easton 1975: 437). Autoritäten werden danach beurteilt, ob sie die Bedürfnisse und Forderungen, die von den Mitgliedern eines Systems an sie gerichtet werden, erfüllen. Wenn sich die Mitglieder eines Systems gut regiert fühlen, unterstützen sie ihr System. Ist dies nicht der Fall, sinkt die spezifische Systemunterstützung (ebd.). Die diffuse Unterstützung ist hingegen outputunabhängig, das heißt sie misst sich nicht daran, wie Autoritäten agieren, sondern richtet sich an das System und seine Ausprägung als politisches Regime. Dadurch ist die diffuse Unterstützung in der Regel dauerhafter als die spezifische (ebd. 444). Die diffuse Unterstützung hat zwei Quellen: Sozialisierung und direkte Erfahrungen (ebd. 445). So kann die Sozialisierung eines Menschen im Zeitverlauf durch direkte Erfahrungen mit dem politischen System „abgelöst“ oder neu justiert werden. Wenn beispielsweise eine Person ohne positive Systemsozialisierung eine Reihe von positiven Erfahrungen mit den Autoritäten ihres Systems macht, kann es zu einem Spill-Over-Effekt kommen, der schließlich die diffuse Unterstützung des Systems beeinflusst (Easton 1975: 446.).

An diese Theorie angelehnt haben einige Autor_innen Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene in mehrere Subtypen unterteilt (u.a. Leconte 2010: 249ff.; Havlík et al. 2017: 78). Für die vorliegende Arbeit wird die abhängige Variable Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene nach dem Modell von Havlík et al. in vier verschiedene Ausprägungen untergliedert - in politischen Euroskeptizismus, identitätsbasierten Euroskeptizismus, demokratischen Euroskeptizismus und ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus. Havlík et al. haben Eastons Theorie dahingehend geändert, dass sie nicht von diffuser und spezifischer Unterstützung sprechen, sondern von diffuser und spezifischer Kritik. Die spezifische Kritik ist dabei - wie auch Eastons spezifische Unterstützung - outputabhängig und ist direkt verknüpft mit der persönlichen Bewertung der gegenwärtigen politischen Praxis der EU, während die diffuse Kritik das politische System der EU grundsätzlich betrifft (Havlík et al.

2017: 28). Jeweils zwei Ausprägungen sind der diffusen Kritik zugeordnet und zwei Ausprägungen fallen unter die spezifische Kritik. Zu der diffusen Kritik zählen der politische Euroskeptizismus sowie der identitätsbasierte Euroskeptizismus (Havlík et al. 2017: 78). Der politische Euroskeptizismus wird mithilfe des Indikators 'Unzufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes' operationalisiert, für den identitätsbasierten Euroskeptizismus wird der Indikator 'Selbstwahrnehmung mit ausschließlich nationaler Identität' herangezogen (ebd.). Der spezifischen Kritik wiederum ist der demokratische Euroskeptizismus und der ökonomische/utilitaristische Euroskeptizismus zugeordnet. Dabei wird der demokratische Euroskeptizismus mittels des Indikators 'Kein Vertrauen in die EU-(Institutionen)' operationalisiert, während für den ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus der Indikator 'EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes wird als nachteilig empfunden' berücksichtigt wird (ebd.).

Um die verschiedenen Ausprägungen des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene zu erheben, wird zu jeder Ausprägung eine entsprechende Frage aus dem Eurobarometer (EB) herangezogen. Dabei werden die Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2010 (Europäische Kommission 2010) und die Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2017 (Europäische Kommission 2017b) miteinander verglichen. Da für das Eurobarometer in den Mitgliedsländern der EU regelmäßig Umfragen mit einem identisch aufgebauten Fragebogen durchgeführt werden, sind die erhobenen Daten für den Vergleich geeignet (Karmasin und Pitters 2008: 437). Aufgrund einer stark veränderten Fragestellung im Zeitverlauf muss für die ökonomische/utilitaristische Dimension des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene jedoch in der Umfrage 2017 eine Ersatzfrage herangezogen werden, wodurch sich für diese Dimension eine verschlechterte Vergleichbarkeit für den Zeitverlauf ergibt, die mangels Alternativen allerdings unvermeidbar war. Folgende Fragen des Eurobarometers werden als Indikatoren für die verschiedenen Ausprägungen des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene berücksichtigt:

Abbildung 2: Fragenauswahl zur Erhebung von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene

Dimension der abhängigen Variable	Fragestellung EB 73 2010	Fragestellung EB 88 2017
politische Dimension	QA9abc Ist/ Wäre die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach - eine gute Sache - eine schlechte Sache - weder gut noch schlecht?	Q9 Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der EU Ihrer Meinung nach im Allgemeinen - eine gute Sache – eine schlechte Sache – weder eine gute noch eine schlechte Sache? ¹⁰
identitätsbasierte Dimension	QE1 In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da – nur als (NATIONALITÄT) - als (NATIONALITÄT) und Europäer/in – als Europäer/in und (NATIONALITÄT) - nur als Europäer/in	QD3. Sehen Sie sich selbst – nur als (NATIONALITÄT) – Als (NATIONALITÄT) und Europäer/in – Als Europäer/in und (NATIONALITÄT) – Nur als Europäer/in – Nichts davon?
demokratische Dimension	QA14.4 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. <i>Der Europäischen Union</i> Eher vertrauen – eher nicht vertrauen – weiß nicht	QA8.14 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. <i>Europäische Union</i> Eher vertrauen – eher nicht vertrauen – weiß nicht
ökonomische/utilitaristische Dimension	QA10abc Hat/Hätte Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist dies nicht der Fall? Vorteile – Ist nicht der Fall – weiß nicht	QA18.5 Inwieweit stimmen sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre. Stimme zu – Stimme nicht zu – weiß nicht

Eigene Darstellung

In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass

- die negative Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes für das Vorhandensein von politischem Euroskeptizismus spricht,
- die Selbstdefinition als ausschließlich national auf eine euroskeptische Haltung im Sinne des identitätsbasierten Euroskeptizismus hinweist,
- mangelndes Vertrauen in die EU ein Ausdruck von demokratischem Euroskeptizismus ist und
- die Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes als nicht-vorteilhaft sowie eine positive Bewertung der Zukunft des eigenen Landes außerhalb der EU für ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus sprechen.

¹⁰ Die Frage entstammt der Eurobarometer-Sonderausgabe des Europäischen Parlaments „Die Europäer zwei Jahre vor der Europawahl 2019“, da sie in der regulären Eurobarometer-Umfrage nicht mehr erhoben wird (Nancy 2017: 48).

5 Euroskeptizismus auf Parteebene in Lettland und Tschechien

Um festzustellen, wie euroskeptisch die tschechische und lettische Parteienlandschaft sind, wurden die Wahlprogramme der in die Untersuchung aufgenommenen Parteien auf euroskeptische Äußerungen hin untersucht, um diese gemäß dem Schema in Abbildung 1 in die Kategorien *hard Euroscepticism* und *soft Euroscepticism* einzuteilen. Zur Erinnerung: Berücksichtigt werden jeweils die Regierungspartei (bei Regierungskoalitionen die Regierungspartei mit den meisten Stimmen) und die prozentual stärkste Oppositionspartei der letzten zwei Legislaturperioden der nationalen Parlamente. Zusätzlich wird eine Protestpartei von überregionaler Bedeutung in die Untersuchung mit aufgenommen, sodass pro Land die Wahlprogramme von bis zu fünf verschiedenen Parteien berücksichtigt werden. Da der Untersuchungszeitraum dem zeitlichen Rahmen der letzten zwei Legislaturperioden in Lettland und Tschechien entspricht, erstreckt sich dieser von 2011 bis 2017. Berücksichtigt werden folgende Parteien:

Abbildung 3: Parteeinwahl für die Untersuchung

		Lettland	Tschechien
<i>vorletzte Legislatur periode</i>	stärkste Regierungspartei	Einheit (2011) [18,8%] ¹¹	ČSSD (2013) [20,5%] ¹²
	stärkste Oppositionspartei	Harmonie Zentrum (2011) [28,4%] ¹¹	KSČM (2013) [14,9%] ¹³
<i>letzte Legislatur periode</i>	stärkste Regierungspartei	Einheit (2014) [21,9%] ¹⁴	ANO (2017) [29,6%] ¹⁵
	stärkste Oppositionspartei	Harmonie (2014) [23,0%] ¹⁴	ODS (2017) [11,3%] ¹⁵
	Protestpartei	Souveränität (2014) [0,1%] ¹⁴	SPD (2017) [10,6%] ¹⁵

Eigene Darstellung

Bereits hier treten erste Auffälligkeiten zu Tage: Während für Tschechien fünf verschiedene Parteien auf ihren Euroskeptizismusgrad hin untersucht werden, erscheinen in der Auswahl lettischer Parteien zwei Parteien doppelt, da die Partei *Einheit* sowohl aus den

¹¹ Central Election Commission of Latvia 2011: 135

¹² N.N. 2014a

¹³ Czech Statistical Office 2013

¹⁴ Central Election Commission of Latvia 2014b

¹⁵ Czech Statistical Office 2017

Parlamentswahlen 2011 als auch aus den Parlamentswahlen 2014 als stärkste Regierungspartei hervorging und auch die stärkste Oppositionspartei (*Harmonie* bzw. *Harmonie-Zentrum*) bei der Parlamentswahl 2014 in ihrer Position von 2011 erneut bestätigt wurde (N.N. 2014b)¹⁶. Für das weitere Vorgehen ergeben sich daraus keine Schwierigkeiten, da die Wahlprogramme vor jeder Wahl von den Parteien überarbeitet und an die aktuelle politische Situation angepasst werden, sodass ausreichend Untersuchungsmaterial für beide Legislaturperioden vorhanden ist. Allerdings nimmt die Partei *Harmonie* in ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2014 kein Bezug auf europäische Themen, weswegen in diesem Fall das allgemeine Parteiprogramm für die Untersuchung herangezogen werden musste (vgl. Central Election Commission of Latvia 2014a).

Die zweite Auffälligkeit wird deutlich, wenn man den Prozentanteil der Protestparteien miteinander vergleicht. Die tschechische SPD ist mit 10,6 Prozent eine signifikante Größe im tschechischen Parteiensystem, während die lettische Partei *Souveränität* mit 0,1 Prozent in der lettischen Parteienlandschaft eine Randerscheinung ist. Dies liegt daran, dass in Lettland keine andere Protestpartei mit einer klaren Haltung zur EU vertreten ist, sodass die Partei *Souveränität* mangels Alternativen in die Untersuchung aufgenommen wurde.

In den folgenden Abschnitten werden nun die lettischen Parteien und die tschechischen Parteien separat voneinander betrachtet und analysiert, anschließend erfolgt der Vergleich beider Parteiensysteme im Hinblick auf euroskeptische Merkmale.

5.1 Lettland

In Lettland fanden die letzten zwei Parlamentswahlen 2011 und 2014 statt. Der Tatsache, dass es in der Zusammensetzung des Parlaments keine grundlegenden Veränderungen gegeben hat, ist geschuldet, dass die *Harmonie* und auch die *Einheit* sowohl für die erste Legislaturperiode ab 2011 als auch für die zweite Legislaturperiode ab 2014 in die Untersuchung aufgenommen werden. Die Partei *Einheit* führte in beiden Legislaturperioden

¹⁶ Die Partei *Harmonie* wurde 2010 gegründet und ist bis Sommer 2014 zusammen mit der Sozialistischen Partei Lettlands als Wahlbündnis *Harmonie-Zentrum* zu Wahlen angetreten (N.N. 2014c). 28 der insgesamt 31 gewonnenen Sitze des Harmonie-Zentrums entfielen bei der Parlamentswahl 2011 auf die Partei Harmonie, lediglich 3 auf die Sozialistische Partei Lettlands (N.N. 2011; Central Election Commission of Latvia 2011:135). Es ist daher korrekt, dass die Partei *Harmonie* für beide Legislaturperioden als stärkste Oppositionspartei betrachtet wird, auch wenn sie 2011 noch unter dem Namen *Harmonie-Zentrum* antrat.

die Mitte-Rechts-Koalition an, zu der außerdem das *Bündnis der Bauern und Grünen* sowie die *Nationale Allianz* gehören (Ijabs und Rechmann 2014:1). Die *Harmonie* wurde beide Male Wahlsieger, blieb jedoch als stärkste Kraft in der Opposition (ebd.). Die untersuchte Protestpartei ist die *Souveränität*, die 2014 an der Wahl zum lettischen Parlament teilgenommen hat. Im Folgenden wird anhand der im Vorfeld der Wahl veröffentlichten Programme der Parteien untersucht, ob und in welchem Maße euroskeptische Tendenzen im lettischen Parteiensystem vorhanden sind.

5.1.1 Euroskeptizismus im lettischen Parteiensystem

Bei einem Blick in die Wahlprogramme der Regierungspartei *Einheit* wird schnell deutlich, dass ihre Haltung zur EU positiv ist. Die Partei zeichnet sich durch eine rechts-konservative Agenda aus und ist u.a. für die als Reaktion auf die Wirtschaftskrise 2009 eingeführte strenge Austeritätspolitik verantwortlich (Ijabs und Rechmann 2014: 1). Die *Einheit* gehört zu den Parteien, die die Interessen der lettischsprachigen Bevölkerung vertreten und beispielsweise die Einführung von Russisch als zweite Amtssprache ablehnen (Central Election Commission of Latvia 2011: 66). Sowohl in ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2011 als auch in ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2014 lassen sich ausschließlich positive Bezüge zur EU finden. So war 2011 etwa die Einführung des Euro im Jahr 2014 ein erklärtes Ziel der Partei, außerdem versprach die *Einheit* sich für eine tiefere Integration von EU und NATO einzusetzen, um Lettlands Unabhängigkeit zu stärken (Central Election Commission of Latvia 2011: 66). Auch das Programm für die nachfolgende Legislaturperiode stand im Zeichen europäischer Integration. So sieht die *Einheit* in der am 1. Januar 2014 vollzogenen Einführung des Euro den Anschluss an den „wirtschaftlichen Sicherheitsraum Eurozone“¹⁷ (Central Election Commission of Latvia 2014c) und versichert im Wahlprogramm außerdem sich „aktiv an der Gestaltung der EU als starke Vereinigung von Nationalstaaten zu beteiligen und insbesondere die Umsetzung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Energie- und Binnenmarktpolitik zu fördern.“¹⁸ (ebd.)

¹⁷ „[...] *pievienojoties ekonomiskās drošības telpai – eirozonai.*“, übersetzt von S. Ehlers, nach Central Election Commission of Latvia 2014c.

¹⁸ „*Aktīvi piedalīties ES kā stipras nacionālu valstu savienības veidošanā, īpaši veicinot kopīgas ārējās, drošības, enerģētikas un vienotā tirgus politikas īstenošanu.*“, übersetzt von S. Ehlers, nach Central Election Commission of Latvia 2014c.

Die stärkste Oppositionspartei im lettischen Parlament ist die *Harmonie*, die, obwohl sie sowohl bei der Parlamentswahl 2011 als auch bei der Parlamentswahl 2014 die meisten Stimmen erhielt, ohne Regierungsbeteiligung blieb. Die *Harmonie* sieht sich selbst als sozialdemokratische Partei (*Saskaņa 2011: 1*). In Lettland hat sie vor allem den Ruf Politik für die russische Minderheit¹⁹ zu machen, da sie unter anderem für einen offiziellen Status der russischen Sprache in Lettland plädiert, die Einbürgerung russischstämmiger Einwohner in Lettland erleichtern möchte (Ijabs 2017: 4) und politisch die Nähe zu Russland sucht, was beispielsweise ein langjähriges Kooperationsabkommen mit der Partei *Einiges Russland* und die Unterstützung der geopolitischen Linie des Kreml belegen (Ijabs und Rechmann 2014: 2f.). Das enge Verhältnis der Partei zur russischen Politik ist die Hauptursache dafür, dass die *Harmonie* für die Parteien der ethnischen Letten als Koalitionspartner nicht in Frage kommt (ebd. 1).

Trotz der Differenzen im vermeintlich richtigen Umgang mit der russischen Minderheit und dem historischen Erbe der Sowjetzeit, bewerten *Einheit* und *Harmonie* die EU gleichermaßen positiv. Die *Harmonie* spricht sich in ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2011 zwar dafür aus die für 2014 geplante Euroeinführung aus wirtschaftlichen Gründen zu verschieben (*Central Election Commission of Latvia 2011: 76*), wirbt aber in ihrem Parteiprogramm für eine Vertiefung der Europäischen Integration. So bekräftigt die *Harmonie* Lettlands Platz in der EU und fordert eine engere politische Union bis hin zu einer Konföderation (*Saskaņa 2011: 44*). Außerdem begrüßt die *Harmonie* das Modell eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten, um zu verhindern, dass einzelne Mitgliedstaaten Entscheidungen blockieren können, die für die gesamte EU und den Integrationsprozess von grundlegender Bedeutung sind (ebd.). Gleichzeitig zeigt sich die *Harmonie* offen gegenüber der Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten, vorausgesetzt die Einhaltung der Beitrittsvoraussetzungen ist gewährleistet (ebd.).

Die letzte Partei, die für das lettische Parteiensystem untersucht wird, ist die Partei *Souveränität*. Sie ist die einzige Partei mit einer negativen Einstellung zur EU, die innerhalb des Untersuchungszeitraums überhaupt zu einer Parlamentswahl angetreten ist. Mit einem Wahlergebnis von 0,1 Prozent ist sie der klare Verlierer der Parlamentswahlen 2014 (Central

¹⁹ In Lettland leben rund 1,2 Millionen ethnische Letten und rund 495.000 ethnische Russen (Central Statistical Bureau of Latvia 2017: 33).

Election Commission of Latvia 2014b). Mit Forderungen nach der Wiedereinführung der lettischen Währung Lat, einer protektionistischen Wirtschaftspolitik in deren Zentrum der Staat steht und der „Abschaffung der für Lettland nachteiligen internationalen Abkommen“²⁰ (Central Election Commission of Latvia 2014d) konnte sie die lettische Wählerschaft nicht überzeugen und auch die Ankündigung, den Nutzen der lettischen EU-Mitgliedschaft überprüfen zu wollen, stieß bei den Wähler_innen nicht auf Zustimmung (Central Election Commission of Latvia 2014d).

Gemäß der Theorie von Taggart und Szczerbiak gehört die *Souveränität* zu den Parteien des *hard Euroscepticism*. Die Kritik an der EU ist nicht auf einzelne Politikfelder oder die gegenwärtige Gestalt der Europäischen Union beschränkt, sondern richtet sich grundsätzlich gegen das Projekt der Europäischen Integration. Die *Souveränität* sieht in der EU ein neues Modell der Fremdherrschaft, spricht von einem „Diktat aus Brüssel“²¹ (Orols 2014) und vergleicht in einem Pamphlet die lettische Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit der sowjetischen Besatzungszeit:

Mit so viel Mühe haben wir uns von einer Union - der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - befreit, als wir schon in die andere hineingezogen wurden - in die Europäische Union. Die roten Fahnen wurden durch blaue ersetzt, die englische Sprache beginnt die russische Sprache zu ersetzen, an Moskaus Stelle gibt uns jetzt Brüssel Befehle.²²(Orols 2014)

5.1.2 Analyse der Ergebnisse

Die Untersuchung der Wahl- bzw. Parteiprogramme belegt, dass die lettische Parteienlandschaft nicht euroskeptisch ist. Keine der etablierten Parteien in Lettland hat im Vorfeld der Parlamentswahlen mit euroskeptischen oder EU-kritischen Agenden um Stimmen geworben (Apals 2017: 21). Die einzige Partei mit einer euroskeptischen Haltung, die *Souveränität*, landete bei der Parlamentswahl 2014 mit 0,1 Prozent der Stimmen auf dem

²⁰ „Latvijai neizdevīgu starptautisku līgumu atceļšana.“, übersetzt von S. Ehlers, nach Central Election Commission of Latvia 2014d.

²¹ „[V]ienīgie, kuri aicina kļūt brīviem no Briseles [...] diktāta.“, übersetzt von S. Ehlers, nach Orols (2014).

²² „Ar tik lielām pūlēm mēs atbrīvojāmies no vienas – PSRS tautu savienības, kā tikām ievilkti citā – Eiropas Savienībā. Sarkanos karogus ir nomainījuši zilie, krievu valodu sāk nomainīt angļu valoda, bet Maskavas vietā nu jau mūs izrīko Brisele.“, übersetzt von S. Ehlers, nach Orols (2014).

letzten Platz. Um zu verstehen, warum die Mitgliedschaft in der Europäischen Union von lettischen Parteien in der Regel positiv bewertet wird, lohnt sich ein genauerer Blick auf die Struktur des lettischen Parteiensystems und auf die (außen-)politischen Prioritäten des Landes. Das Parteiensystem in Lettland wird weniger von den sozioökonomischen Interessen der Wählerschaft strukturiert als vielmehr von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Das Parteienspektrum lässt sich grob in zwei politische Lager unterteilen. Die Parteien des einen Lagers setzen sich für die Interessen der lettischen Bevölkerung ein, die Parteien des anderen Lagers für die Belange der russischstämmigen Bevölkerung (Reetz 2011: 99). Dabei gelten die lettischen Parteien als rechts und die pro-russischen Parteien als links (ebd.). Die Tatsache, dass sich die Bevölkerung Lettlands ethnisch in einen lettischen und in einen russischen Teil gliedert, spiegelt sich also auch in der Parteienlandschaft wider und hat entsprechend Einfluss auf die Politikgestaltung des jeweiligen politischen Lagers.

Den ethnisch determinierten Interessen ihrer Wählerschaft entsprechend richteten die Parteien auch ihre geopolitische Orientierung aus (Ijabs und Rechmann 2014: 1). Für die rechten Parteien der lettischen Bevölkerung bedeutet dies, dass sie sich für starke transatlantische Beziehungen einsetzen und die Nähe zu Europa suchen. Als Lettland 1991 seine Unabhängigkeit wiedererlangte, wurde von politischer Seite daran gearbeitet die Beziehungen zwischen Lettland und Westeuropa wiederzubeleben (Austers 2016: 86). Die rechte politische Elite sah die größte Herausforderung darin, die Idee der Europäischen Integration mit dem Konzept eines unabhängigen Nationalstaats mit einer eigenen Identität zusammenzubringen (ebd.). Sie schaffte es schließlich die Bevölkerung zu überzeugen, dass Demokratisierung und eine unabhängige Nationalstaatlichkeit untrennbar mit der „Rückkehr nach Europa“ verknüpft seien, weshalb allein die Europäische Integration die lettische Identität und Unabhängigkeit zukünftig gewährleisten könne (ebd.). Um die Einbindung in internationale Sicherheitsstrukturen und eine umfassende Westintegration zu erreichen, wurden der EU-Beitritt und die NATO-Mitgliedschaft zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen Lettlands (Lang 2003: 9ff.). Die Sorge vor möglichen Expansionsbestrebungen Russlands war hierfür die Hauptmotivation (ebd.). Die potentielle Bedrohung, der sich Lettland durch die direkte Nachbarschaft zu Russland ausgesetzt sah, schien zu einer realen Gefahr zu werden, als Russland 2014 die Krim annektierte (Rostoks und Vanaga 2016: 72). Lettlands Einbindung in EU und NATO und die damit einhergehenden Sicherheitsgarantien haben seitdem noch mehr an Bedeutung gewonnen, wobei die NATO, die als militärische Schutzmacht betrachtet

wird, ein besonders hohes Ansehen genießt (ebd. 75). Das Sicherheitsinteresse des Landes ist der entscheidende Grund für die positive Grundhaltung rechter Parteien gegenüber der EU. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die Partei *Souveränität* bei der Parlamentswahl 2014, die kurz nach der russischen Annexion der Krim stattfand, mit ihrem euroskeptischen Programm keine Stimmen gewinnen konnte und dass die *Einheit* als Partei der ethnischen Letten Lettlands Zugehörigkeit zur EU grundsätzlich nicht hinterfragt. Neben der geopolitischen Lage und dem angespannten Verhältnis zu Russland spielen jedoch auch die materiellen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft für die positive Bewertung der Europäischen Integration eine Rolle (Apals 2017: 22).

Für die Parteien der russischstämmigen Bevölkerung sind hingegen gute Beziehungen nach Moskau wichtig (Ijabs und Rechmann 2014: 1f.). So erscheint es zunächst paradox, dass die *Harmonie*, die profilierteste pro-russische Partei des lettischen Parteiensystems und die einzige linke Partei, die gegenwärtig im Parlament vertreten ist, einerseits sehr engen Kontakt zu Russland pflegt und dennoch die Europäische Integration vertiefen möchte. Doch es gibt verschiedene Gründe, welche die *Harmonie* dazu veranlasst haben, sich zur Europäischen Union zu bekennen.

Ein wichtiger Faktor ist, dass ihr Selbstverständnis als sozialdemokratische Partei nach europäischem Vorbild danach verlangt die Europäische Union grundsätzlich zu unterstützen, zeichnen sich die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas doch allesamt durch eine klare Befürwortung politischer und wirtschaftlicher Integration in Europa aus (Almeida 2012: 47). Die *Harmonie* hat in der Vergangenheit bereits einiges versucht, um ihr sozialdemokratisches (und europäisches) Profil zu schärfen.

Im Jahr 2012 erhielt sie einen Beobachterstatus in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) (Sozialdemokratische Partei Europas 2012: 43), dem Dachverband der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa. Allerdings wurde die *Harmonie* erst 2017 als Vollmitglied aufgenommen, nachdem sie ihr Kooperationsabkommen mit der russischen Partei *Einiges Russland* aufgelöst hatte (N.N. 2017a). Außerdem trennte sich die *Harmonie* kurz vor der Parlamentswahl 2014 von ihrem sozialistischen Bündnispartner aus dem *Harmonie-Zentrum*, der Sozialistischen Partei Lettlands. Der Vorsitzende der *Harmonie* Jānis Urbanovičs nannte für die Trennung ideologische Gründe:

Es ist für uns als Partei sehr wichtig noch sozialdemokratischer und noch europäischer zu werden. Wir haben eine Verbindung zu internationalen sozialdemokratischen Strukturen, einschließlich der sozialdemokratischen Vertreter Europas, beispielsweise der Sozialdemokratischen Partei Europas, wozu wir durch unsere Abgeordneten im Europaparlament einen Teil beitragen. Von dort wiederum erhalten wir Impulse, uns in eine moderne sozialdemokratische Partei zu verwandeln. [...] ²³ (N.N. 2014c)

Auch wenn die *Harmonie* auf europäischer Ebene mit ihrer Aufnahme in die SPE mittlerweile als sozialdemokratische Partei anerkannt ist, haben viele Politikwissenschaftler_innen in Lettland Zweifel an dem sozialdemokratischen Kern der Partei. So vertritt die *Harmonie* zum Teil deutlich konservativere Ansichten als ihre westeuropäischen Pendant, etwa in den Bereichen Familienpolitik und sexuelle Minderheiten (N.N. 2017b). Außerdem profiliert sich die *Harmonie* nach wie vor in erster Linie über ethnische Fragen wie Sprachpolitik und Staatsbürgerschaft und weniger über Fragen sozialer Gerechtigkeit (Ijabs 2017: 4f.). Auch viele lettische Bürger_innen und die rechten Parteien im Parlament halten die Positionierung der *Harmonie* als sozialdemokratische Partei nach westeuropäischem Vorbild für eine Taktik, um das Image der rein ethnisch-russischen Partei loszuwerden, ohne jedoch die ideologische Nähe zu Russland und dem Kreml aufzugeben (Ijabs und Rechmann 2014: 2f.).

Bei aller Uneinigkeit darüber, ob die *Harmonie* den wichtigeren Partner nun im Osten oder im Westen vermutet, ist nicht zu bezweifeln, dass die *Harmonie* genauso wie die *Einheit* um die (finanziellen) Vorteile weiß, die die EU-Mitgliedschaft für Lettland mit sich bringt (Apals 2017: 22). So ist beispielsweise die Bedeutung der EU-Mittel für Investitionen in die Infrastruktur über alle Parteien hinweg unstrittig (Ijabs 2017: 4).

Auch wenn die Parteienlandschaft in Lettland nicht euroskeptisch ist, sich zu der lettischen EU-Mitgliedschaft bekennt sowie das Projekt der Europäischen Integration grundsätzlich unterstützt, ist ein Wandel in der Zukunft nicht auszuschließen. Zwar ist es unwahrscheinlich, dass sich die lettischen Parteien ganz von der EU abwenden, zu wichtig sind die Anbindung an Westeuropa und die EU-Subventionen, Kritik an einzelnen EU-Politikfeldern könnte jedoch stärker werden. Was in der Betrachtung der letzten zwei Legislaturperioden von 2011 bis 2014

²³ „Mums ir ļoti svarīgi būt kā partijai, lai kļūtu vairāk sociāldemokrātiem, vairāk eiropēiskiem. Mums saikne ir sociāldemokrātiskajās starptautiskajās struktūras, tai skaitā ar pārstāvētajiem Eiropas sociāldemokrātiem un arī, piemēram, Eiropas Sociāldemokrātiskā partiju, kurā mēs caur saviem deputātiem Eiroparlamentā pieliekam punktu. Savukārt no turienes mēs iegūtu impulsu, lai paši pārveidotos, lai iegūtu modernu sociāldemokrātisku partiju. [...]“, übersetzt von S. Ehlers, nach N.N. 2014c.

nicht berücksichtigt wurde, ist die europäische Flüchtlingspolitik, da das Thema erst 2015 auf politischer und gesellschaftlicher Ebene relevant wurde. Zwar hat Lettland sich im Zuge des Relocation-Programms der EU bereit erklärt 531 Geflüchtete aufzunehmen, allerdings erfolgte die Aufnahme eher widerwillig und blieb am Ende ein Lippenbekenntnis, da Strukturen zur Integration der Geflüchteten weder vorhanden waren noch geschaffen wurden, sodass die meisten registrierten Geflüchteten Lettland wieder verlassen haben (N.N. 2017c). Auf die Parteienlandschaft hat das Thema Migration eine einigende Wirkung. Während das Verhältnis zwischen der rechten Regierungskoalition unter Führung der *Einheit* und der Oppositionspartei *Harmonie* normalerweise von Konfrontation und Spannungen geprägt ist, herrscht bei der Frage der Flüchtlingspolitik ein seltener Konsens. Die Regierungskoalition stimmte der Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des Relocation-Programms zwar zu, tat dies jedoch nicht aus Überzeugung, sondern in erster Linie, um die Beziehungen zu Brüssel nicht zu belasten (Ragozin 2015). Auch die *Harmonie* sieht die Aufnahme von Geflüchteten kritisch. Sie stimmte gemeinsam mit der Regierungskoalition für ein neues Gesetz, welches besagt, dass künftig jede Entscheidung, die die Aufnahme von Geflüchteten betrifft, vom Parlament getroffen werden muss (N.N. 2015; Saeima 2015). Das Thema Migration birgt also sowohl unter den rechten als auch unter den linken Parteien Potential für euroskeptische Positionen.

Um die Analyse der Ergebnisse abzuschließen, wird die schwache Ausprägung der abhängigen Variable Euroskeptizismus auf Parteebene nun explizit mit den dafür verantwortlichen unabhängigen Variablen 'nationale ökonomische Situation', 'Veränderung der innen- und/oder außenpolitische Situation' und 'soziale/kulturelle Gegebenheiten im Land' zusammengebracht.

Zum einen sind die Parteien in Lettland nicht euroskeptisch, weil das Land ökonomisch sehr von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Um die Bedeutung der EU-Mittel für die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten zu ermitteln, bietet es sich an den Saldo aus nationalen Beiträgen zur Finanzierung des EU-Haushalts und den Rückflüssen in die Mitgliedstaaten zu den gesamten staatlichen Ausgaben des jeweiligen Landes in Beziehung zu setzen (Busch 2016: 17). Nach dieser Betrachtungsweise ergibt sich für Lettland für den Zeitraum 2010 bis 2014, der in etwa dem Untersuchungszeitraum entspricht, ein durchschnittlicher Wert von knapp zehn Prozent (ebd. 18). Das bedeutet, dass durchschnittlich zehn Prozent der staatlichen Gesamtausgaben in diesem Zeitraum mit EU-Mitteln finanziert wurden. Damit

erreicht Lettland von allen Mitgliedsländern nach Litauen den zweithöchsten Wert (ebd.). Bezüglich der ökonomischen Bedeutung der lettischen EU-Mitgliedschaft, insbesondere für Investitionen in Infrastrukturprojekte und in die Agrarwirtschaft (vgl. Europäisches Parlament 2016), sind sich alle relevanten Parteien des Parteiensystems einig.

Der zweite Punkt, Veränderungen der innen- und/oder außenpolitischen Situation, beeinflusst insbesondere seit der Ukraine Krise 2014 den EU-Diskurs im Land, jedoch gibt es Unterschiede zwischen den Parteien. Während die *Einheit* und andere rechte Parteien, die politisch die ethnischen Letten vertreten, in der EU-Mitgliedschaft vor allem einen Schutz vor möglichen russischen Expansionsbestrebungen sehen und durch die Europäische Integration ihre Zugehörigkeit zum Westen unterstreichen wollen, sieht die *Harmonie* in der EU eine Möglichkeit sich auf internationaler Bühne als sozialdemokratische Partei zu präsentieren (was ihr auf nationaler Ebene bisher nicht gelingt) und den Schulterschluss mit anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa zu suchen, welche alle einen positiven EU-Diskurs pflegen (Almeida 2012: 47). Sie empfindet die direkte Nachbarschaft zu Russland hingegen nicht als Bedrohung, vor der es sich durch eine möglichst umfassende Westintegration zu schützen gilt. Die Verschiedenheit der EU-Diskurse, die die Parteien in Lettland vertreten, liegt vor allem in der Teilung des lettischen Parteiensystems entlang einer ethnischen Konfliktlinie. Das heißt auch die soziale Situation im Land und der kulturelle und ethnische Hintergrund der jeweiligen Wählerklientel haben entscheidenden Einfluss darauf, wie die Partei in Bezug auf die EU-Mitgliedschaft argumentiert. Dies erklärt, warum die *Einheit* als Partei der ethnischen Lett_innen, die ihren politischen Auftrag in der Wahrung der lettischen Unabhängigkeit sieht, der EU-Mitgliedschaft des Landes eine vitale Bedeutung zuschreibt, wohingegen das Narrativ vom russischen Feind für die russischstämmige Wählerklientel der *Harmonie* nicht funktioniert. So ist es nicht überraschend, dass die *Harmonie* die Befürwortung der Mitgliedschaft in der EU nicht mit Misstrauen gegenüber Russland oder Lettlands Zugehörigkeitsgefühl zu Westeuropa, sondern in erster Linie mit der Zugehörigkeit zur europäischen Sozialdemokratie begründet.

5.2 Tschechien

In der Untersuchung des tschechischen Parteiensystems werden fünf verschiedene Parteien berücksichtigt. Die Sozialdemokratische Partei Tschechiens (ČSSD) ging aus der

Parlamentswahl 2013 als Sieger hervor und führte die Regierungskoalition unter Beteiligung von ANO und Tschechoslowakischer Volkspartei (KDU-ČSL) an. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) wurde in dem Jahr stärkste Oppositionspartei. Die letzte Parlamentswahl fand in Tschechien 2017 statt, in dem Jahr wurde die ANO stärkste Kraft. Zwar ist es ihr bis heute nicht gelungen eine stabile Regierung zu bilden, aber aufgrund ihres deutlichen Vorsprungs gegenüber den anderen Parteien und den laufenden Koalitionsverhandlungen mit der ČSSD ist davon auszugehen, dass eine von der ANO angeführte Regierungskoalition auf absehbare Zeit zustande kommt (N.N. 2018). Aus diesem Grund wird die ANO für die zweite untersuchte Legislaturperiode in Tschechien als stärkste Regierungspartei berücksichtigt. Stärkste Oppositionspartei wurde 2017 die Demokratische Bürgerpartei (ODS). Im selben Jahr erreichte die Partei der Freiheit und der direkten Demokratie (SPD) 10,6 Prozent und ist damit die erfolgreichste Protestpartei des Untersuchungszeitraumes, weswegen sie Teil dieser Untersuchung ist. Im folgenden Abschnitt wird anhand der Wahlprogramme der fünf Parteien untersucht, ob und in welchem Umfang euroskeptische Positionen vertreten werden.

5.2.1 Euroskeptizismus im tschechischen Parteiensystem

Die einzige untersuchte Partei des tschechischen Parteiensystems, die sich zur gegenwärtigen Gestalt der EU und dem von ihr verfolgten Kurs Europäischer Integration bekennt, ist die ČSSD. Die Partei war mit einem Anteil von 20,5 Prozent von 2013 bis 2017 stärkste Kraft im Parlament und in der Regierungskoalition (Czech Statistical Office 2013). In ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2013 bezeichnet die ČSSD die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses als Nationalinteresse und verspricht aktiv an den politischen Debatten über die weitere Entwicklung der EU teilzunehmen und eine kulturelle und soziale Dimension der europäischen Integration durchzusetzen (ČSSD 2013: 33). Auch der wirtschaftliche Aspekt der EU-Mitgliedschaft spielt für die ČSSD eine Rolle. So betont die Partei die Bedeutung des EU-Exportmarktes (ČSSD 2013: 15), spricht außerdem davon die Fördermittel aus EU-Fonds besser ausschöpfen zu wollen und insbesondere die gleichberechtigte Stellung tschechischer Landwirte zu verteidigen, um ihnen einen nichtdiskriminierenden Zugang zu EU-Geldern und EU-Entwicklungsprogrammen zu

verschaffen (ČSSD 2013: 33). Das impliziert zwar den Vorwurf, die EU-Agrarpolitik sei diskriminierend, was jedoch kein Ausdruck einer euroskeptischen Position ist, da die Agrarpolitik in den zehn Prioritäten der Kommission 2015-2019 keine Erwähnung findet und somit in dieser Untersuchung nicht als Kernpolitikfeld der EU berücksichtigt wird (vgl. Juncker 2014). Die Euroeinführung sieht die ČSSD positiv, nennt jedoch keinen konkreten Zeitpunkt, zu dem diese angestrebt wird, dazu heißt es lediglich: „Wir wollen zu dem Zeitpunkt eintreten, in dem es für unser Land ökonomisch und sozial günstig ist.“²⁴ (ČSSD 2013: 33)

Die KSČM war von 2013 bis 2017 mit 14,9 Prozent die stärkste Oppositionspartei im tschechischen Parlament (Czech Statistical Office 2013). In ihrem Wahlprogramm vor der Parlamentswahl 2013 äußert sie sich an zwei Stellen zur Europäischen Union. Zum einen fordert die KSČM das bedingungslose Grundeinkommen für alle Unionsbürger_innen, da „[...] alle ein individuelles Recht auf die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse haben, damit sie ein würdevolles Leben führen dürfen.“²⁵ (KSČM 2013: 4)

Darüber hinaus möchte die KSČM die gleichberechtigte Stellung der Mitgliedstaaten in den politischen Institutionen der EU gewährleisten und spricht davon, die Bürokratie und das Demokratiedefizit in den politischen Entscheidungen der EU abzubauen (KSČM 2013: 6). Das heißt, die KSČM kritisiert die Europäische Union zwar in ihrem Wahlprogramm, aber steckt hinter ihren Forderungen auch eine euroskeptische Haltung? Eine umfassende Ablehnung der Europäischen Union im Sinne des *hard Euroscepticism* ist nicht zu erkennen. Mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen innerhalb der EU bekennt sich die Partei zumindest indirekt zu dem Projekt Europäischer Integration wie es im Rahmen der EU umgesetzt wird, muss diese Forderung doch mit der Anerkennung entsprechender Kompetenzen auf supranationaler Ebene einhergehen. Auch inhaltlich kann die geforderte Einführung eines EU-weiten bedingungslosen Grundeinkommens kaum als euroskeptische Position gewertet werden, sie ist in erster Linie ein Ausdruck der sozialistischen Gesinnung der Partei.

Da die KSČM dem Thema Europäische Union in ihrem Wahlprogramm 2013 nur wenige Sätze widmet, fällt es schwer, eindeutige Rückschlüsse auf eine mögliche euroskeptische

²⁴ „Připravíme ČR ke vstupu do eurozóny. Chceme vstoupit v okamžiku, kdy to bude pro naši zemi ekonomicky a sociálně výhodné.“, übersetzt von J. Vunderer, nach ČSSD 2013: 33.

²⁵ „Podporu veřejné diskuse o evropské iniciativě za tzv. bezpodmínečný základní příjem s cílem z dlouhodobé ho hlediska garantovat všem občanům EU bezpodmínečné, individuální právo na uspokojení jejich materiálních potřeb k vedení důstojného života.“, übersetzt von J. Vunderer, nach KSČM 2013: 4.

Positionierung im Sinne des *soft Euroscepticism* zu ziehen. Der EU ein Demokratiedefizit zu attestieren reicht gemäß Taggart und Szczerbiak nicht aus, um als euroskeptische Partei zu gelten (Szczerbiak und Taggart 2008: 251). Allerdings besteht unter Autor_innen diverser Studien zu Euroskeptizismus in Tschechien der Konsens, dass die KSČM die Kriterien des *soft Euroscepticism* erfüllt (u.a. Hloušek und Pšeja 2011: 110 f.; Marek und Baun 2011: 44; Havlík et al. 2017: 44). Diese Einschätzung hat sich jedoch erst in den letzten Jahren etabliert, Taggart und Szczerbiak zählten die KSČM in ihrer Untersuchung aus dem Jahr 2001 noch zu den Parteien des *hard Euroscepticism* (Taggart und Szczerbiak 2001: 18). Auch andere Autor_innen erkennen, dass sich der Europadiskurs der Partei im Laufe der Zeit zugunsten der Europäischen Union gewandelt hat: Die KSČM war 2003 die einzige tschechische Partei, die den Wähler_innen für das Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union eine negative Wahlempfehlung gab (Marek und Baun 2011: 44). Sie lehnte sowohl den Vertrag über eine Verfassung für Europa als auch den Vertrag von Lissabon als Schritte einer vertieften Europäischen Integration ab und attestierte ihnen einen neoliberalen und kapitalistisch orientierten Charakter (ebd. 44f.).

Mittlerweile ist ihre ursprüngliche Einstellung gegenüber der tschechischen EU-Mitgliedschaft und der Europäischen Integration im Allgemeinen milderer und pragmatischeren Ansichten gewichen. Nach wie vor unverändert geblieben ist allerdings die Kritik der KSČM an der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Europäischen Union und auch an dem Vorwurf des Demokratiedefizits hält sie weiterhin fest (Hloušek und Pšeja 2011: 110f.). Da das Wahlprogramm der KSČM zur Parlamentswahl 2013 selbst zu wenig Aufschluss darüber gibt, ob und in welchem Maße die Partei euroskeptisch ist, wird sie aufgrund der wissenschaftlichen Bewertung anderer Autor_innen abschließend den Parteien des *soft Euroscepticism* zugeordnet.

Bei der Parlamentswahl im Oktober 2017 wurde die populistische Partei ANO 2011 mit 29,6 Prozent stärkste Kraft (Czech Statistical Office 2017). Bei einem Blick in das Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2017 fällt auf, dass zahlreiche Bezüge zur Europäischen Union zu finden sind. So bekennt die ANO sich klar zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union, bezeichnet eine feste Verankerung in der EU als Hauptinteresse des tschechischen Staates (ANO 2017: 13) und betont sowohl die politische als auch wirtschaftliche Bedeutung der EU-Mitgliedschaft für die Durchsetzung tschechischer Interessen in Europa: „Durch die transnationalen Institutionen besitzt die Tschechische Republik größeren Einfluss auf das Geschehen auf dem

Kontinent als wenn Europa nur von großen Staaten beherrscht werden würde. Eine volle Eingliederung in die sich entfaltende europäische Marktwirtschaft ist für die tschechische exportorientierte Wirtschaft lebenswichtig.“²⁶ (ANO 2017: 13)

Doch neben der grundsätzlichen Befürwortung Europäischer Integration plädiert die ANO für Reformen im Hinblick auf die Gestalt der EU. Während die ANO für einige Politikbereiche Vorteile in einer supranationalen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sieht, etwa im Bereich Schutz der Außengrenzen, Sicherheitspolitik, Weiterentwicklung und Liberalisierung des Binnenmarktes oder der Energieunion, geht ihr die Europäische Integration in anderen Bereichen zu weit (ANO 2017: 13). Zu den Reformvorhaben der ANO heißt es in ihrem Wahlprogramm wörtlich: „Wir wollen deutlich dazwischen differenzieren, wo uns die EU helfen kann und wo wir uns besser selbst helfen können. Das Ziel ist es die Union so zu reformieren, dass sie weniger macht, [das] aber dafür viel besser.“²⁷ (ebd.)

Ein Bereich, in dem sich die ANO deutlich weniger Einfluss von Seiten der EU wünscht, ist die Migrationspolitik. Die Umverteilung von Geflüchteten in Europa wird von der ANO kritisiert, sie fordert, dass die Mitgliedstaaten selbst entscheiden dürfen, ob sie Geflüchtete aufnehmen oder nicht (ANO 2017: 14). Auch der tschechische Eintritt in die europäische Währungsunion und die damit einhergehende Einführung des Euro werden von der ANO nicht angestrebt, solange keine bedeutende Reform zur Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzstabilität innerhalb der Eurozone durchgeführt wird (ANO 2017: 13). Außenpolitisch möchte die ANO im Rahmen der EU über das Format der Visegrád-Gruppe hinaus neue Allianzen schaffen und strebt insbesondere nach einer engen Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich, da sie beiden Staaten eine Schlüsselrolle in der EU zuschreibt (ANO 2017: 14). Darüber hinaus spricht sich die ANO für den EU-Beitritt der Länder des westlichen Balkans aus, sobald diese einen stabilen Rechtsstaat geschaffen und den Acquis communautaire übernommen haben (ebd.).

Die ANO wirbt in ihrem Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2017 für Reformen, in deren Zuge der Fokus der Europäischen Integration auf die Aspekte beschränkt werden soll, die für die Tschechische Republik von nationalem Interesse sind (ANO 2017: 13). Das betrifft in erster

²⁶ „Přes nadnárodní instituce má ČR možnost většího vlivu na dění na kontinentu, než kdyby Evropu ovládaly pouze velké evropské státy. Plné zapojení do rozvíjejícího se evropského trhu je životně důležité pro českou exportně orientovanou ekonomiku.“ Übersetzt von J. Vunderer, nach ANO 2017: 13.

²⁷ „Chceme jasně rozlišovat, kde nám EU může pomoci, a kde si naopak lépe poradíme sami. Cílem je reformovat Unii tak, aby dělala méně, ale mnohem lépe.“ Übersetzt von J. Vunderer, nach ANO 2017: 13.

Linie die Sicherheitspolitik und den Europäischen Binnenmarkt (ebd.). Die von der ANO angestrebten EU-Reformen würden mit einem Kompetenzverlust der Europäischen Union einhergehen. Aus diesem Grund zählt die ANO zu den Parteien des *soft Euroscepticism*. Für diese Einordnung sprechen auch die Einstellungen der Partei zur EU-Migrationspolitik und der Widerwille sich der Europäischen Währungsunion anzuschließen.

Die stärkste Oppositionspartei der gegenwärtigen Legislaturperiode ist die liberal-konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS), die bei der Parlamentswahl 2017 11,3 Prozent der Stimmen erhielt (Czech Statistical Office 2017). In ihrem Wahlprogramm bezeichnet sich die ODS als traditionell pro-westlich, sie nennt die tschechische Mitgliedschaft in NATO und EU lebenswichtig (ODS 2017: 11). Dennoch ist der Europadiskurs der Partei kritisch, die ODS schreibt in ihrem Programm wörtlich: „[W]ir gehören weder in die Gruppe der naiven EU-Optimisten noch in die der radikalen EU-Skeptiker.“²⁸ (ODS 2017: 11). Ähnlich wie die ANO sieht die ODS in der EU-Mitgliedschaft ein wichtiges Instrument, um sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Interessen des tschechischen Staates auf europäischer Ebene zu vertreten (ebd.). Sie geht noch expliziter als die ANO auf ihr Verständnis von Europäischer Integration ein: „Wir nehmen die EU vor allem als eine Gemeinschaft der Mitgliedsländer wahr, die zur Durchsetzung ihrer Nationalinteressen dienen soll. Die Europäische Integration ist und darf kein Selbstzweck sein.“²⁹ (ODS 2017:11)

Die ODS lehnt in ihrem Wahlprogramm die gesamte EU-Gesetzgebung ab, die ihrer Ansicht nach im Widerspruch zu den tschechischen Nationalinteressen steht (ebd.). Dazu zählen unter anderem eine feste Aufnahmequote für Migrant_innen und die Regulation des legalen Waffenbesitzes (ebd.). Mit der Kritik an der gegenwärtigen Gestalt der EU geht die Forderung nach einer klaren Abgrenzung der EU-Kompetenzen und der Rückgabe von einem Teil der Kompetenzen an die Mitgliedstaaten einher. Die ODS möchte die nationalen Parlamente stärken und diese zukünftig über die Annahme von EU-Vorschriften entscheiden lassen, außerdem sollen sie die Kompetenz erhalten bereits umgesetztes EU-Recht bei Bedarf wieder abzuschaffen und durch ihre eigene Gesetzgebung zu ersetzen (ebd.). Darüber hinaus verlangt die ODS eine dauerhafte Opt-Out-Regelung für Tschechien in den Bereichen Währungsunion bzw. Euro-Einführung und europäische Migrations- und Asylpolitik (ebd.).

²⁸ „[N]epatříme mezi naivní eurooptimisty ani mezi radikální euroskeptiky.“, übersetzt von J. Vunderer, nach ODS 2017: 11.

²⁹ „EU vnímáme především jako společenství členských států, které má sloužit k prosazování jejich národních zájmů. Evropská integrace není a nesmí být cílem sama o sobě.“, übersetzt von J. Vunderer, nach ODS 2017: 11.

Einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten steht die ODS aufgeschlossen gegenüber (ebd.), auch wenn aufgrund ihrer vorgebrachten Forderungen nicht davon auszugehen ist, dass sie die tschechische Teilnahme an einer freiwilligen weiteren Vertiefung der Europäischen Integration begrüßen würde.

Die ODS zählt ebenfalls zu den Parteien des *soft Euroscepticism*. Die ablehnende Haltung gegenüber der Währungsunion, die vielfach vorgebrachte Kritik an der europäischen Migrations- und Asylpolitik und vor allem die Forderung nach mehr Kompetenzen für die Mitgliedstaaten sind die Gründe für diese Einordnung. Diesbezüglich ähneln sich ANO und ODS. Allerdings ist festzuhalten, dass von allen drei Parteien, die bisher dem *soft Euroscepticism* zugeordnet wurden, die ODS in ihrem Wahlprogramm die radikalsten Forderungen vertritt. Trotz ihrer Verortung im *soft Euroscepticism* weist sie bisweilen Züge einer Partei des *hard Euroscepticism* auf. Insbesondere das Vorhaben der ODS die nationalen Parlamente mit der Kompetenz auszustatten, EU-Rechtsvorschriften mehr oder weniger beliebig durch eigene nationale Gesetze zu ersetzen, spricht für eine schleichende Aushöhlung des supranationalen Charakters der EU. Da die Europäische Union somit ihre Rechtsverbindlichkeit verlieren würde und das bisher verfolgte Modell Europäischer Integration nicht länger umsetzbar wäre, kommt die ODS mit dieser Forderung einer Partei des *hard Euroscepticism* sehr nahe.

Die letzte Partei des tschechischen Parteiensystems, die für diese Arbeit untersucht wird, ist die nationalistische Protestpartei *Freiheit und Direkte Demokratie* (SPD), die bei der Parlamentswahl 2017 mit 10,6 Prozent drittstärkste Kraft wurde (Czech Statistical Office 2017). Die SPD präsentiert sich in ihrem Wahlprogramm als patriotischer Retter des tschechischen Nationalstaates. Die Beurteilung der Europäischen Union fällt negativ aus:

„Die gegenwärtige Form der europäischen Integration ist ein Fehlprojekt für die Bildung eines europäischen Superstaates. Das Projekt ist mit einer faktischen Schwächung und der Abschaffung der Nationalstaaten und -völker Europas verbunden. [...] Das Projekt der bestehenden Europäischen Integration gefährdet auch unmittelbar die Freiheit und Demokratie in Europa. [...]“³⁰ (SPD 2017)

³⁰ „Současná podoba evropské integrace je chybným projektem vytvoření evropského super státu. Projekt je spojen s faktickým oslabením a likvidací národních států a národů Evropy. [...] Projekt stávající evropské integrace také přímo ohrozí svobodu a demokracii v Evropě.“, übersetzt von J. Vunderer, nach SPD 2017.

Als Konsequenz kündigt die SPD in ihrem Wahlprogramm an, die Bedingungen der tschechischen EU-Mitgliedschaft neu zu verhandeln. Sie fordert die vollständige nationale Entscheidungsgewalt über die Bereiche Einwanderungspolitik, Sicherheitspolitik, Lebensmittel- und Energiesicherheit sowie Steuerpolitik und Währung, außerdem möchte die SPD dem tschechischen Parlament die Möglichkeit einräumen, von der EU verabschiedetes Recht abzulehnen (ebd.). Sollten diese Forderungen nicht binnen einer sechsmonatigen Frist umgesetzt werden, will die SPD ein Referendum über den Verbleib der Tschechischen Republik in der Europäischen Union abhalten lassen, um anschließend denselben Weg wie Großbritannien einzuschlagen und die EU zu verlassen (ebd.).

Aufgrund der politischen Nähe und der gemeinsamen Interessenlage möchte die SPD den außenpolitischen Fokus auf die Staaten der Visegrád-Gruppe legen (ebd.). Nach dem Austritt Tschechiens aus der EU sollen die Beziehungen zu anderen Nicht-EU-Staaten Europas über die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) geregelt werden. Europa soll als freier Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsmarkt auf Grundlage von kooperierenden Nationalstaaten weiter existieren (SPD 2017). Auch wenn mit dem Ende der tschechischen EU-Mitgliedschaft auch die EU-Subventionen ausbleiben dürften, möchte die SPD das Geld aus den EU-Fonds bis dahin für den Ausbau von Verkehr und Infrastruktur nutzen (ebd.).

Die SPD wirbt für eine restriktive Einwanderungspolitik, und begründet diese mit dem Schutz vor einer „gesteuerten Islamisierung Europas“, die mittels einer „multikulturellen Ideologie“ von der EU forciert werde (ebd.).

Die SPD ist eine Protestpartei, die dem *hard Euroscepticism* zuzuordnen ist. Sie lehnt in ihrem Wahlprogramm offen das Projekt der Europäischen Integration ab und diskreditiert es mit provokanten Äußerungen. Die SPD wirbt als einzige untersuchte Partei für einen tschechischen Austritt aus der Europäischen Union.

Das bedeutet, dass von insgesamt fünf untersuchten Parteien des tschechischen Parteiensystems eine Partei nicht euroskeptisch ist (ČSSD), drei Parteien die Kriterien des *soft Euroscepticism* erfüllen (KSČM, ANO, ODS) und eine Partei Ansichten vertritt, die dem *hard Euroscepticism* zugeschrieben werden (SPD). Auch wenn das Schema vom *hard Euroscepticism/soft Euroscepticism* recht anschaulich ist und die grundsätzliche Haltung einer Partei zur Europäischen Union darin gut abgebildet wird, ist doch darauf hinzuweisen, dass es innerhalb der Parteiengruppe des *soft Euroscepticism* teils gravierende ideologische Unterschiede gibt. So kritisiert die kommunistische Partei KSČM die Europäische Union von

einem grundlegend anderen Standpunkt aus als die ANO oder die ODS und auch wenn ANO und ODS sich in ihrem Argumentationsmuster ähneln, weist die ODS in Teilen einen stärkeren Hang zum *hard Euroscepticism* auf. Das heißt, dass bei der Einordnung einer Partei in die Lager *hard Euroscepticism* bzw. *soft Euroscepticism* ihre ideologische Perspektive nicht berücksichtigt wird und die Stärke der euroskeptischen Positionen innerhalb des Lagers *soft Euroscepticism* zum Teil erheblich variieren kann. Dies gilt es bei der Arbeit mit diesem Modell grundsätzlich zu berücksichtigen.

5.2.2 Analyse der Ergebnisse

Der Euroskeptizismus ist im tschechischen Parteiensystem verhältnismäßig stark ausgeprägt. Zwar lehnt nur eine der untersuchten Parteien, die SPD, die Europäische Integration und die tschechische EU-Mitgliedschaft grundsätzlich ab, allerdings waren von 2013 bis 2017 vier Parteien mit einer euroskeptischen Agenda im tschechischen Parlament vertreten, auf sie entfielen zusammen rund 48 Prozent der Stimmen (Czech Statistical Office 2013). Nach der Parlamentswahl 2017 hat sich der Stimmanteil der euroskeptischen Parteien auf knapp 60 Prozent erhöht (Czech Statistical Office 2017). Damit ist der Euroskeptizismus auf Parteebene in Tschechien innerhalb der letzten zwei Legislaturperioden stärker geworden. Auch wenn sowohl die ODS als auch die KSČM schon seit Ende der 1990er Jahre euroskeptische Positionen vertreten (Linek und Mansfeldová 2006: 24f.), der Euroskeptizismus im tschechischen Parteiensystem also eine gewisse Tradition hat, so ist das tschechische Parlament heute so euroskeptisch wie zu keinem Zeitpunkt zuvor (vgl. Havlík et al. 2017: 19). Wie kommt es also, dass schon früh euroskeptische Parteien im tschechischen Parteiensystem vertreten waren – und warum verzeichnen euroskeptische Parteien insbesondere seit 2013 einen stetigen Stimmenzuwachs bei Parlamentswahlen?

Anders als in Lettland gliedert sich das tschechische Parteiensystem nicht nach ethnischer Zugehörigkeit der Wählerklientel, sondern klassischerweise entlang der sozioökonomisch determinierten Links-rechts-Achse (Havlík und Voda 2016: 123; Just und Charvát 2016: 84). Am linken Ende der Achse beginnend steht an erster Stelle die KSČM, es folgen die ČSSD als Mitte-links-Partei und die Mitte-rechts-Partei ODS. Bis zur Parlamentswahl 2013 konnten alle etablierten Parteien des tschechischen Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse verortet werden. Allerdings traten 2013 mit der ANO und der SPD zwei verhältnismäßig junge Parteien

an,³¹ die sich als Alternativen zu den etablierten Parteien Tschechiens präsentierten. Weder die ANO noch die SPD wollen sich als politische Partei verstanden wissen, sondern bezeichnen sich als politische Bewegung (Just und Charvát 2016: 104). Um sich von den etablierten Parteien Tschechiens abzugrenzen, weisen sowohl die ANO als auch die SPD jede Einordnung auf der politischen Links-rechts-Achse zurück (Havlík und Voda 2016: 125). Tatsächlich adressieren weder ANO noch SPD in ihren Parteiprogrammen ein bestimmtes, nach sozioökonomischen Kriterien abgrenzbares Wählerklientel (ebd. 138).

Die EU-Diskurse der Parteien werden von ihrer Position innerhalb des nationalen Parteiensystems beeinflusst (Topaloff 2018: 69), deswegen agieren Volksparteien der politischen Mitte anders als Parteien der politischen Ränder: Die KSČM am linken äußeren Ende des tschechischen Parteienspektrums hatte von Anfang an ideologische Vorbehalte gegenüber der Europäischen Union. Ab Ende der 1990er Jahre bis zum tschechischen EU-Beitritt 2004 lehnte die KSČM die Europäische Integration im Rahmen der EU ab, bezeichnete sie als imperialistisch, undemokratisch, anti-sozial, neoliberal und diskriminierend, was dem typischen Argumentationsmuster sozialistischer Parteien in Europa entspricht (Marek und Baun 2011: 44). Mit Beginn der tschechischen EU-Mitgliedschaft mäßigte die KSČM ihre Einstellungen, lehnt die Europäische Integration als solche mittlerweile nicht mehr grundsätzlich ab, wirbt jedoch für eine Neuausrichtung der EU nach sozialistischem Vorbild und für eine entsprechende soziale und politische Neuordnung in Europa (Havlík et al. 2017: 97). Sie sucht den Schulterschluss mit anderen europäischen Parteien der radikalen Linken, um im Bündnis mit ihnen die sozialistische Neuausrichtung der EU voranzutreiben, und ist Mitglied der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament (Linek und Mansfeldová 2006: 25). Wie bei der Untersuchung festgestellt wurde, widmet die Partei europäischen Themen in ihrem Wahlprogramm nur wenige Sätze. Dies ist zum einen damit zu erklären, dass die Haltung der Partei zur EU weniger ablehnend geworden ist, während die Wählerschaft der KSČM nach wie vor große Vorbehalte gegenüber der EU hat. Zum anderen ist die Partei selbst nicht geschlossen bei der Frage, wie man sich zur tschechischen EU-Mitgliedschaft positionieren sollte und vermeidet daher diesbezüglich eindeutige Stellungnahmen in ihren politischen Programmen (Havlík et al. 2017: 94).

³¹ Die ANO wurde 2011 gegründet (Just und Charvát 2016: 96), die SPD wurde 2013 gegründet (Hloušek und Kaniok 2013: 6).

Die Europäische Integration war von Anfang an ein Projekt der politischen Eliten (Topaloff 2018: 67). Die zwei zentralen Akteure des tschechischen Parteiensystems – die tschechischen politischen Eliten – sind die Parteien ODS und ČSSD. Beides sind Volksparteien der politischen Mitte, die den tschechischen EU-Beitritt vorangetrieben haben, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die ODS führte die tschechischen Regierungen von 1993 bis 1998 an, sie stellte in diesen Jahren mit Václav Klaus den Ministerpräsidenten (Marek und Baun 2011: 36). Für die Haltung der Partei zur Europäischen Union spielte Klaus eine entscheidende Rolle. Er gilt als Anhänger der neoliberalen Wirtschaftspolitik von Margaret Thatcher und sieht sich selbst als Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit, weswegen er der EU-Mitgliedschaft kritisch gegenübersteht, sie jedoch nicht grundsätzlich ablehnt und bis heute zu den einflussreichsten euroskeptischen Stimmen Tschechiens zählt (Havlík et al. 2017: 116f.). Während sich andere Staaten Ostmitteleuropas, darunter Polen und Ungarn, bereits 1994 um die EU-Mitgliedschaft bewarben, zögerte Klaus die tschechische Bewerbung bis 1996 hinaus, obwohl er bereits 1994 einen baldigen EU-Beitritt Tschechiens ankündigte (Marek und Baun 2011: 16). Václav Klaus prägt bis heute maßgeblich den Europadiskurs seiner Partei, sodass die ODS als tschechische Volkspartei zwar den ersten Schritt hin zur tschechischen EU-Mitgliedschaft einleitete, allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits eine Partei des *soft Euroscepticisms* war und ihr euroskeptisches Profil nach ihrer Regierungszeit weiter schärfte (Marek und Baun 2011: 36).

In den folgenden Jahren blieb die ODS in der Opposition, von 1998 bis 2006 war die ČSSD durchgehend die stärkste Regierungspartei (ebd.). In dieser Zeit fanden sowohl die Beitrittsverhandlungen (1997-2002) als auch der Beitritt selbst (1. Mai 2004) statt (vgl. Marek und Baun 2011: 21ff.). Die ČSSD war gemäß ihrer Rolle als sozialdemokratische Partei in Europa von Anfang an Befürworter der Europäischen Integration, tat sich allerdings schwer damit, die im Rahmen der Beitrittskriterien geforderten Anpassungen umzusetzen, da diese mit massiven Sparmaßnahmen verbunden waren und inhaltlich zum Teil der eigenen parteipolitischen Linie widersprachen, etwa als es darum ging Sozialausgaben zu kürzen und die Energie- und Kommunikationssektoren zu liberalisieren (Linek und Mansfeldová 2006: 23). Dennoch hielt sich der pro-europäische Kurs der Partei und die Erwartung, die EU-Mitgliedschaft würde eine friedliche Entwicklung, Wohlstand, soziale Stabilität und eine gefestigte Stellung Tschechiens im internationalen Staatengefüge garantieren (Marek und Baun 2011: 41). Schritte in Richtung einer vertieften Europäischen Integration wurden von der

ČSSD begrüßt; so unterstützte die Partei sowohl den letztlich nicht zustande gekommenen Vertrag über eine Verfassung für Europa als auch den Vertrag von Lissabon (ebd.).

Die beiden Volksparteien ODS und ČSSD weisen trotz ihrer gemeinsamen Zugehörigkeit zur politischen Mitte divergente EU-Diskurse auf anhand derer sie sich klar voneinander abgrenzen. Für das Entstehen der Anti-Establishment-Parteien ANO und SPD dürften Themen der Europäischen Integration jedoch zunächst zweitrangig gewesen sein, da Europapolitik sowohl für den Wettbewerb politischer Parteien als auch für das nationale politische Tagesgeschäft traditionell eine untergeordnete Rolle spielt (Topaloff 2018: 65; Taggart und Szczerbiak 2008: 253). Entscheidend für das Entstehen und rasche Erstarken von ANO und SPD war die Vertrauenskrise von ODS und ČSSD.

Der Argwohn gegenüber politischen Parteien hat in Tschechien Tradition und ist eng mit der Geschichte des Landes verbunden. Die Rolle politischer Parteien gilt als schwach, sie genießen innerhalb der Bevölkerung weder besonders hohes Ansehen, noch wird ihnen großes Vertrauen entgegengebracht (Just und Charvát 2016: 88f). Dennoch konnten die etablierten Parteien ihre Rolle im tschechischen Parteiensystem lange behaupten und verfügten auch über eine stabile Wählerklientel, die im Zeitverlauf kaum Schwankungen unterlag (Just und Charvát 2016: 84).

Ein Wandel setzte ungefähr ab 2010 ein, als die Themen Korruption und Vetternwirtschaft ins Zentrum des öffentlichen Interesses rückten und die politische Agenda in Tschechien bestimmten (Just und Charvát 2016: 92). Zivilgesellschaftliche Gruppen, Journalist_innen und auch tschechische Untersuchungsbehörden befassten sich intensiv mit der Aufarbeitung von Korruptionsvorwürfen in der tschechischen Politik und führten zur Enthüllung diverser Korruptionsfälle, die eng mit den etablierten Volksparteien ODS und ČSSD verknüpft waren (ebd.). Dies wiederum zog einen massiven Vertrauensverlust der tschechischen Bevölkerung in die politischen Institutionen, Parteien und die demokratischen Strukturen des Landes insgesamt nach sich (ebd.). Die politischen Bewegungen ANO und SPD positionieren sich deshalb bewusst außerhalb des tschechischen Parteienspektrums und betonen ihre Nichtzugehörigkeit zum tschechischen Parteiensystem, distanzieren sich also deutlich von den etablierten Parteien (Havlík und Voda 2016: 125). Hinzu kommt, dass sie in erster Linie mit einer umfassenden Korruptionsbekämpfung um Stimmen warben (Just und Charvát 2016: 85) und damit den Nerv vieler Wähler_innen trafen: Beide politischen Bewegungen zogen 2013 ins tschechische Parlament ein, die ANO wurde sogar zweitstärkste Kraft (ebd. 93).

Die innenpolitische Krise und die damit einhergehende Schwächung der tschechischen Volksparteien verlief parallel zu diversen Krisen, mit denen sich zu diesem Zeitpunkt die Europäische Union konfrontiert sah. Nun traten Parallelen zwischen den nationalen politischen Eliten Tschechiens und den politischen Eliten Europas zutage. Nicht nur die nationalen Eliten schienen nicht in der Lage zu sein der innenpolitischen Krise in Tschechien etwas entgegenzusetzen (Just und Charvát 2016: 92), auch die Reaktionen der politischen Eliten der Europäischen Union auf die Krisen in und um Europa, etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise, der Arabische Frühling oder die Ukraine Krise wurden als mittelmäßig und halbherzig empfunden, was ihre Glaubwürdigkeit nachhaltig beschädigte (Topaloff 2018: 67). Die Kombination aus beidem, dem Misstrauen in die etablierten Parteien auf nationaler Ebene und der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der europäischen Eliten, führte europaweit zu einem Anstieg der euroskeptischen Positionen auf Parteebene (ebd.) und begünstigte konkret in Tschechien den Wahlerfolg von ANO und SPD als Anti-Establishment-Parteien. Insbesondere die Migrations- und Flüchtlingskrise, mit der sich die Europäische Union seit 2015 konfrontiert sieht, wurde in Tschechien von den ohnehin EU-kritischen Parteien genutzt, um ihr euroskeptisches Profil zu schärfen und aus Gründen der nationalen Sicherheit die Aufnahme von Geflüchteten abzulehnen (ANO 2017: 21; SPD 2017), was ihren Stimmenanteil bei der Parlamentswahl 2017 erneut ansteigen ließ (vgl. Czech Statistical Office 2017).

Abschließend sollen die Gründe für den Euroskeptizismus im tschechischen Parteiensystem noch einmal zusammengefasst werden. Es gibt zwei Parteien, die schon euroskeptische Positionen vertreten haben, als Tschechien noch gar kein EU-Mitglied war, die ODS und die KSČM. Die Gründe hierfür sind zum einen, dass die ideologische Orientierung wie im Falle der KSČM danach verlangt, zum anderen, im Falle der ODS, in der frühen Prägung durch den langjährigen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Václav Klaus, der vor dem tschechischen EU-Beitritt vor einer damit verbundenen Schwächung des tschechischen Staates und seiner Interessenpolitik warnte und auch danach die politische Europäische Integration von einem neoliberalen Standpunkt aus kritisierte. In beiden Parteien ist der *soft Euroscepticism* bis heute fest verankert und Teil ihres politischen Profils.

Interessanter ist jedoch, warum seit 2013 an Stelle von zwei euroskeptischen Parteien inzwischen vier euroskeptische Parteien im Parlament vertreten sind. Die abhängige Variable, die die Zunahme von Euroskeptizismus auf Parteebene erklärt, ist der innenpolitische

Wandel, der 2010 in Tschechien eingesetzt hat, ausgelöst von dem Korruptionsskandal rund um die ODS und ČSSD. Der damit einhergehende Vertrauensverlust in die politischen Institutionen, besonders in die etablierten Volksparteien, schuf den Nährboden für das Entstehen und Erstarren der Anti-Establishment-Parteien ANO und SPD. Es gilt festzuhalten, dass beide Parteien sich in erster Linie als Gegenentwurf zu den tschechischen Volksparteien verstehen und ihre Einstellung zur Europäischen Union für ihren Wahlerfolg nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben dürfte, da europäische Themen für nationale Wahlen selten ausschlaggebend sind (Topaloff 2018: 65; Taggart und Szczerbiak 2008: 253). Allerdings konnten ANO und SPD mit euroskeptischen Positionen ihr Anti-Establishment-Profil weiter schärfen. Insbesondere die Migrations- und Flüchtlingskrise wurde als Risiko für die nationale Sicherheit Tschechiens instrumentalisiert, wobei festzuhalten ist, dass die ANO sich wesentlich gemäßigter äußerte als die SPD. Das heißt die Kritik an der EU war nicht Kern der von ANO und SPD betriebenen Elitenkritik, sondern diente eher als Verstärker derselben.

5.3 Vergleich der Ergebnisse

Vergleicht man die Ergebnisse der Untersuchung, so fällt auf, dass das lettische Parteiensystem kaum euroskeptisch ist, wohingegen das tschechische Parteiensystem starke euroskeptische Tendenzen aufweist. Während die einzige euroskeptische Partei in Lettland mit 0,1 Prozent der Stimmen die Parlamentswahlen 2014 verlor, vertraten in Tschechien gleich vier der fünf untersuchten Parteien euroskeptische Positionen und weisen zusammen im gegenwärtigen Parlament einen Stimmanteil von knapp 60 Prozent auf. Dabei sind drei Parteien, die KSČM, ODS und ANO, dem *soft Euroscepticism* zuzuordnen und eine Partei, die SPD, dem *hard Euroscepticism*, wobei es innerhalb der Parteien des *soft Euroscepticism* zum Teil erhebliche ideologische Unterschiede gibt.

Die Gründe für die kaum vorhandene Ausprägung von Euroskeptizismus auf Parteebene in Lettland liegen in erster Linie in der historisch bedingten Wahrnehmung geopolitischer Unsicherheit durch die Nähe zu Russland. Hinzu kommt die starke ethnische Teilung des Landes in einen lettischen und einen russischen Part, die ebenfalls historischen Ursprungs ist, und sowohl das Parteiensystem als auch die politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Land prägt. Durch die Ukraine Krise im Jahr 2014 wuchs die Sorge vor einer russischen

Expansionspolitik in Richtung der baltischen Staaten, sodass den westlichen Bündnispartnern der EU und NATO insbesondere seit diesem Zeitpunkt eine vitale Bedeutung zugeschrieben wird für den Schutz der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands. Außerdem sprechen ökonomische Gründe für die EU-Mitgliedschaft, da das Land einen wesentlichen Teil seiner Staatsausgaben mit EU-Mitteln finanziert.

In Tschechien wiederum sind vor allem innenpolitische Gründe für das hohe Maß an Euroskeptizismus auf Parteebene verantwortlich. Mit den Parteien ODS und KSČM sind im tschechischen Parteiensystem zwei Parteien vertreten, die schon von Beginn an euroskeptische Positionen vertreten haben. Die ODS, die neben der ČSSD zu den Parteien des politischen Establishments zählt, hat mit Václav Klaus den prominentesten Euroskeptiker in ihren Reihen, der als Ministerpräsident und später als Präsident viele Jahre die Politik des Landes prägte. Die ODS kritisierte in erster Linie die Schwächung der nationalen Souveränität durch zunehmende Europäische Integration. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass für Lettland die Mitgliedschaft in der EU für die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit als unabdingbar betrachtet wird. Was also in Lettland der Motor für eine möglichst umfassende Europäische Integration ist, ist in Tschechien die Bremse derselben.

Hinzu kommt, dass in Tschechien insbesondere seit 2010 das Ansehen der nationalen Eliten durch eine Vielzahl von Korruptionfällen in den Parteien des politischen Establishments stark beschädigt wurde und dies auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der EU hatte, da sie ein Projekt der Eliten ist. Befeuert wurde dies außerdem durch die zahlreichen Krisen, denen die EU seit einem guten Jahrzehnt gegenübersteht. Vor allem die europäische Migrations- und Flüchtlingskrise ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfang diese Krise auch Auswirkungen auf den Euroskeptizismus im lettischen Parteiensystem hat, da mit der nächsten Parlamentswahl im Herbst 2018 der erste überregionale Urnengang nach dem Höhepunkt der europäischen Migrations- und Flüchtlingskrise noch bevorsteht. Bisher hatten die Krisen in Europa auf den Euroskeptizismus im lettischen Parteiensystem keinen nachhaltigen Einfluss, allein die Ukrainekrise bildet eine Ausnahme und sie hat dem Ansehen der EU in Lettland nicht geschadet, vielmehr hat die lettische EU-Mitgliedschaft durch sie an Bedeutung gewonnen.

6 Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene in Lettland und Tschechien

In der Forschung war es lange Zeit umstritten, ob es Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene überhaupt gibt (Leconte 2010: 161). Zum einen wurde dies damit begründet, dass der Informationsstand innerhalb der Bevölkerung zu Themen der Europäischen Union sehr gering sei (ebd.). Zum anderen schrieb die Bevölkerung in erster Linie Themen, welche die Innenpolitik und nationale Angelegenheiten betrafen, eine hohe Bedeutung zu. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2009 ergab, dass von den sechs Themen, die für die Bevölkerung die höchste Relevanz hatten, lediglich eins in direktem Zusammenhang mit der Europäischen Union stand (ebd.). Negative Bewertungen der EU in Meinungsumfragen in der europäischen Bevölkerung wurden daher mit der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen nationalen Regierung und/oder den wirtschaftlichen Bedingungen im Land begründet (Leconte 2010: 167f.).

Mittlerweile ist das Forschungsfeld rund um das Thema Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene zentraler Bestandteil der Euroskeptizismusforschung (Boomgaarden et al. 2011: 242; Serricchio 2013: 52) und spätestens das Brexit-Votum in Großbritannien 2016 hat bewiesen, dass die Europäische Union auf die Gunst der Bevölkerung in ihren Mitgliedsländern angewiesen ist. Allein der negative Ausgang eines Referendums mit EU-Bezug besitzt jedoch keine hinreichende Aussagekraft über die euroskeptischen Einstellungen in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Die Vielschichtigkeit des Phänomens Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene muss daher mit einer begrifflichen Differenzierung einhergehen (Boomgaarden et al. 2011: 242; Leconte 2010: 161; Serricchio 2013: 51f.). Zu diesem Zweck wird der Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene in Lettland und Tschechien mittels der Untersuchung von vier Untergruppen erhoben, dem politischen Euroskeptizismus, dem identitätsbasierten Euroskeptizismus, dem demokratischen Euroskeptizismus und dem ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus. Grundlage der Untersuchung ist jeweils eine Eurobarometerumfrage aus dem Jahr 2010 und eine aus dem Jahr 2017³². Angelehnt an Eastons Theorie zum *Political Support* (1975) sind der politische und der identitätsbasierte Euroskeptizismus Ausprägungen von diffuser Kritik an der Europäischen Union, während der

³² Der zeitliche Rahmen dieser Untersuchung orientiert sich an dem Betrachtungszeitraum der vorangegangenen Untersuchung von Euroskeptizismus auf Parteebene (2011-2017). Aufgrund der für den Vergleich zur Verfügung stehenden Daten muss der Untersuchungszeitraum für Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene jedoch schon 2010 beginnen.

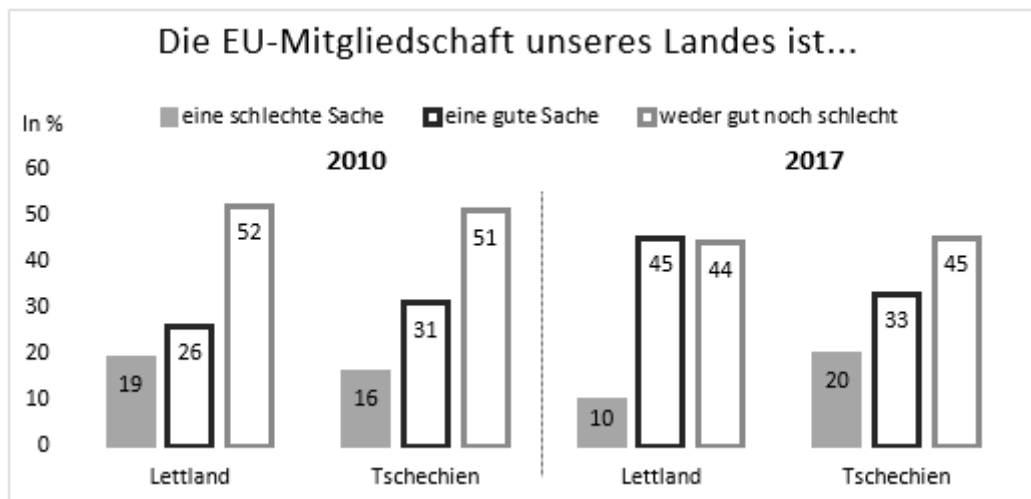
demokratische und der ökonomische/utilitaristische Euroskeptizismus zu spezifischer Kritik zählen.

6.1 Politischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien

Politischer Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene beschreibt eine grundsätzliche Aversion gegen das Errichten eines Systems supranationaler Institutionen über eine begrenzte Zahl von Politikfeldern hinaus und gegen das Prinzip gebündelter Souveränität (Leconte 2010: 50).

Havlík et al. operationalisieren die politische Dimension von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene als Unzufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes (2017: 78). Für die hier vorliegende Untersuchung wird daher die Frage „Ist [...] die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach – eine gute Sache – eine schlechte Sache – weder gut noch schlecht?“³³ (Europäische Kommission 2010: 36) herangezogen. Ausdruck von politischem Euroskeptizismus ist die Bewertung der EU-Mitgliedschaft als schlechte Sache. Dies sind die Resultate:

Abbildung 4: Politischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien



Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 36 und Nancy 2017: 49

³³ Für 2017 erfolgte die Fragestellung in leicht verändertem Wortlaut: „Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der EU Ihrer Meinung nach im Allgemeinen – eine gute Sache – eine schlechte Sache – weder eine gute noch eine schlechte Sache?“ (Nancy 2017: 48).

Während 2010 die Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes in Lettland und Tschechien ähnlich schlecht bewerten, nämlich 19 Prozent der Befragten in Lettland und 16 Prozent der tschechischen Kohorte der Meinung sind, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes sei eine schlechte Sache, weist das Meinungsbild 2017 deutlich größere Unterschiede auf: Nur noch 10 Prozent der lettischen Kohorte bewerten die EU-Mitgliedschaft als „schlechte Sache“, während der Anteil bei den tschechischen Befragten auf 20 Prozent gestiegen ist. Damit bewerten in Tschechien 2017 doppelt so viele Menschen die EU-Mitgliedschaft als schlecht wie in Lettland, wo die Umfragewerte seit 2010 diesbezüglich um fast die Hälfte zurückgegangen sind.

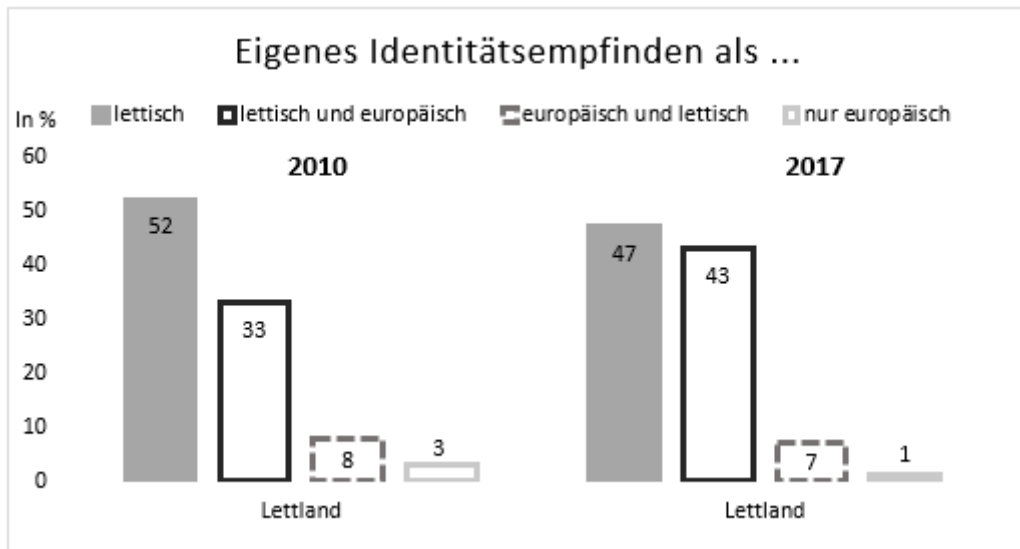
6.2 Identitätsbasierter Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien

Unter identitätsbasiertem Euroskeptizismus ist die Sorge vor einer Auflösung der nationalen Identität durch zunehmende Europäische Integration zu verstehen (Leconte 2010: 180). Diese bezieht sich in erster Linie auf Politikfelder, die als wichtig für die nationale Identität gelten. Dazu zählen etwa die Bereiche Bildung und Kultur (ebd. 181), aber auch das Thema Einwanderung spielt eine Rolle (ebd. 183).

Havlík et al. operationalisieren identitätsbasierten Euroskeptizismus mittels der Wahrnehmung der eigenen Identität als ausschließlich national (2017: 78). Dementsprechend wird für die vorliegende Untersuchung die Frage „Sehen Sie sich selbst – nur als (NATIONALITÄT) – als (NATIONALITÄT) und Europäer/in – als Europäer/in und (NATIONALITÄT) – nur als Europäer/in?“³⁴ (Europäische Kommission 2017: T131) verwendet, um identitätsbasierten Euroskeptizismus zu messen. Wenn die Befragten ihre Identität als ausschließlich national sehen, spricht das gemäß Havlík et al. für eine euroskeptische Einstellung. Aus den Umfragen ergibt sich folgendes Bild:

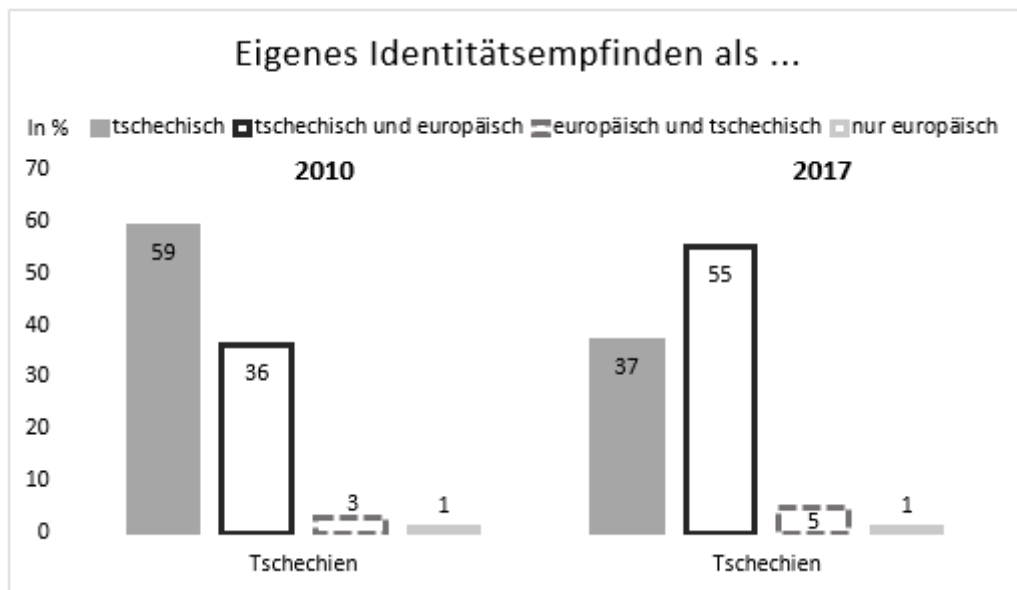
³⁴ Im Eurobarometer 2010 wurde die Frage folgendermaßen formuliert: „In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da – nur als (NATIONALITÄT) – als (NATIONALITÄT) und Europäer/in – als Europäer/in und (NATIONALITÄT) – nur als Europäerin?“ (Europäische Kommission 2010: 186).

Abbildung 5: Identitätsbasierter Euroskeptizismus in Lettland



Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 186 und Europäische Kommission 2017: T132

Abbildung 6: Identitätsbasierter Euroskeptizismus in Tschechien



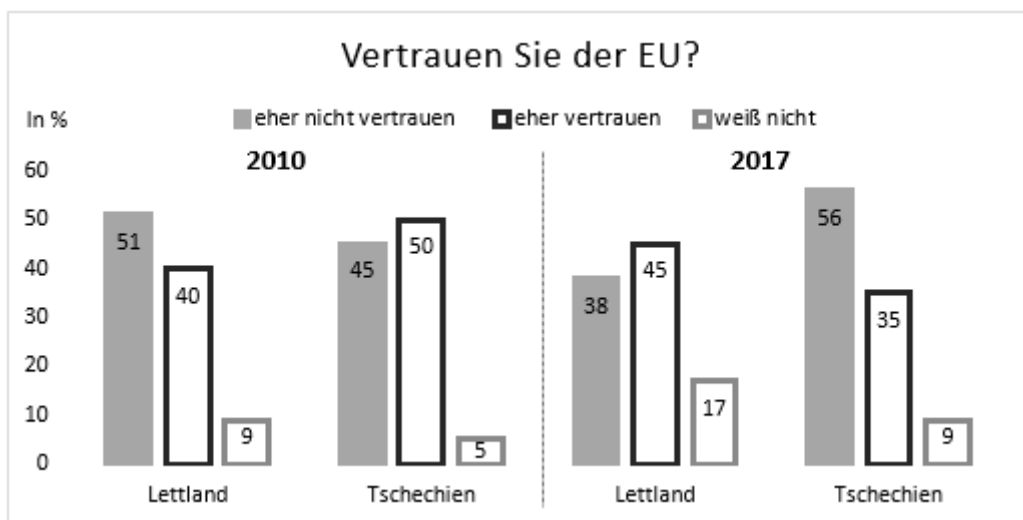
Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 186 und Europäische Kommission 2017: T132

Beim Vergleich der Zahlen aus dem Jahr 2010 mit den Zahlen aus dem Jahr 2017 fällt auf, dass sowohl die lettische Kohorte mit einem ausschließlich lettischen Identitätsempfinden als auch die tschechische Kohorte mit einem ausschließlich tschechischen Identitätsempfinden 2017 geschrumpft ist, im Fall von Lettland um fünf Prozentpunkte von 52 Prozent auf 47 Prozent, in Tschechien deutlich stärker von 59 Prozent im Jahr 2010 auf 37 Prozent im Jahr 2010.

6.3 Demokratischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien

Demokratischer Euroskeptizismus beschreibt die Vorbehalte innerhalb der Bevölkerung gegenüber der demokratischen Legitimation der Europäischen Union und ihren Institutionen, von denen nur das Europäische Parlament direkt gewählt wird (vgl. Leconte 2010: 55f.). Gemäß Havlík et al. geht demokratischer Euroskeptizismus mit einem Mangel an Vertrauen in die EU-Institutionen einher (2017: 78). Für die hier vorliegende Untersuchung wird daher folgende Fragestellung aus dem Eurobarometer herangezogen: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen: Europäische Union?“ (Europäische Kommission 2017: T51). Dabei gilt die Antwort „Eher nicht vertrauen“ als Indikator für demokratischen Euroskeptizismus. Die Umfragen führten zu diesen Ergebnissen:

Abbildung 7: Demokratischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien



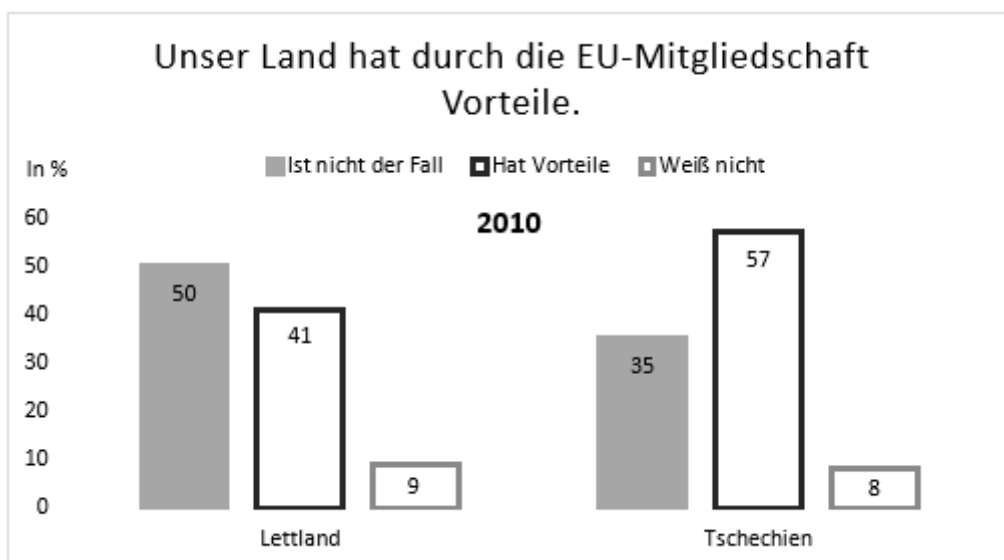
Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 50 und Europäische Kommission 2017: T51

Während die EU in der lettischen Bevölkerung zwischen 2010 und 2017 einen Vertrauenszuwachs verzeichnen kann und der Anteil der Menschen, die der EU eher nicht vertrauen, in dem Zeitraum von 51 auf 38 Prozent gesunken ist, ergibt sich für Tschechien ein umgekehrtes Bild. Der Anteil der Menschen, die der EU eher nicht vertrauen, lag 2010 bei 45 Prozent und ist 2017 um elf Prozentpunkte auf 56 Prozent gestiegen.

6.4 Ökonomischer/Utilitaristischer Euroskeptizismus

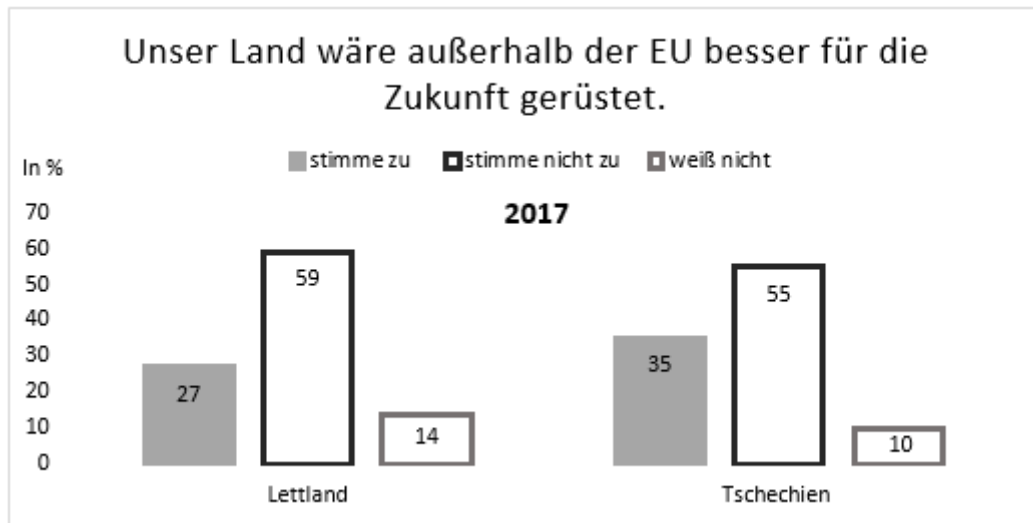
Unter ökonomischem bzw. utilitaristischem Euroskeptizismus ist der Zweifel an den (wirtschaftlichen) Vorteilen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land zu verstehen (Leconte 2010: 46). Laut Havlík et al. liegt ökonomischer/utilitaristischer Euroskeptizismus vor, wenn die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes als nachteilig empfunden wird (2017: 78). Für die vorliegende Arbeit muss auf zwei unterschiedliche Fragen aus dem Eurobarometer zurückgegriffen werden, da die Frage aus dem Eurobarometer 2010 „Hat [...] Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?“ (Europäische Kommission 2010: 37) 2017 nicht mehr gestellt wurde. Stattdessen lautet die Frage für die Erhebung von ökonomischem bzw. utilitaristischem Euroskeptizismus 2017: „Inwieweit stimmen Sie [der] folgenden Aussage[] zu oder nicht zu? (UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre.“ (Europäische Kommission 2017: T95). Für eine euroskeptische Einstellung stehen jeweils die Antworten „Ist nicht der Fall“ und „Stimme zu“. Die Umfrageergebnisse sehen folgendermaßen aus:

Abbildung 8: *Ökonomischer/Utilitaristischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien 2010*



Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 37

Abbildung 9: Ökonomischer/Utilitaristischer Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien 2017



Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2017: T95

Unter der Annahme, dass trotz der unterschiedlichen Fragestellung die Ergebnisse der Umfrage miteinander vergleichbar sind, sinkt der lettische ökonomische/utilitaristische Euroskeptizismus von 50 Prozent im Jahr 2010 auf 27 Prozent im Jahr 2017. In der tschechischen Bevölkerung weist der ökonomische/utilitaristische Euroskeptizismus sowohl im Jahr 2010 als auch im Jahr 2017 einen Wert von 35 Prozent auf und bleibt damit unverändert.

6.5 Analyse der Ergebnisse

Schaut man sich die Ergebnisse an, so fällt auf, dass jeder untersuchte Wert für Lettland 2017 einen weniger starken Euroskeptizismus aufweist als im Jahr 2010. Die beiden Ausprägungen der diffusen Kritik, politischer und identitätsbasierter Euroskeptizismus, müssten gemäß Eastons Theorie des *Political Support* weniger starke Veränderungen aufweisen als die beiden Ausprägungen spezifischer Kritik, demokratischer und ökonomischer/utilitaristischer Euroskeptizismus, da diffuse Systemeinstellungen nach Easton in der Regel beständiger sind als spezifische Systemeinstellungen (Easton 1975: 444). Diese theoretische Annahme wird jedoch nur bedingt bestätigt: Zwar unterliegt der Wert des identitätsbasierten Euroskeptizismus innerhalb der Untersuchung mit einer Differenz von fünf Prozentpunkten tatsächlich der geringsten Schwankung, allerdings sinkt der Wert des politischen Euroskeptizismus zwischen 2010 und 2017 um fast die Hälfte, von 19 auf 10 Prozent. Die

Ausprägungen der spezifischen Systemeinstellung unterliegen im Zeitverlauf ebenfalls bemerkenswerten Schwankungen. Die größte Diskrepanz weisen die Werte des ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus mit 50 Prozent im Jahr 2010 und 27 Prozent im Jahr 2017 auf. Das bedeutet, dass die lettische Bevölkerung 2010 insgesamt euroskeptischer war als 2017. Woran liegt das?

Insbesondere zwei Ereignisse dürften Einfluss auf die öffentliche Meinung gehabt haben. Zum einen befand sich Lettland 2008 in einer Wirtschaftskrise, gefolgt von einer zweijährigen Phase der Rezession. Die Europäische Union stellte Lettland fünf Milliarden Euro in Form eines Hilfskredites zur Verfügung und verordnete dem Land gleichzeitig einen strengen Sparkurs (Hassel 2010). Innerhalb von zwei Jahren reduzierte Lettland seine Staatsausgaben um zwölf Prozent, das Bruttoinlandsprodukt sank im selben Zeitraum um 19 Prozent (Bagus 2015). Staatliche Sozialleistungen wurden drastisch gekürzt, 2010 lag die Arbeitslosigkeit bei 19,5 Prozent (Internationaler Währungsfonds 2018) und viele, vor allem junge Menschen, verließen in der Zeit das Land, um im Ausland Arbeit zu finden, was die ohnehin prekäre demografische Situation des Landes weiter verschlechterte (Austers 2016: 98). Galt die EU für die lettische Bevölkerung lange als Garant für Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung, sank mit der Krise und den rigiden Sparauflagen aus Brüssel das Ansehen der EU (ebd.). Die zweijährige Rezessionsphase ist ein Grund, warum die Europäische Union in der Eurobarometerumfrage 2010 schlechter abschnitt als sieben Jahre später. Das erklärt auch, warum die lettische Bevölkerung zu der Zeit die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als nicht vorteilhaft bewertete und in dem Zusammenhang der ökonomische/utilitaristische Euroskeptizismus 2010 deutlich höher war als 2017. Auch der hohe Wert des politischen Euroskeptizismus im Jahr 2010 lässt sich darauf zurückführen.

Das zweite Ereignis, das bis heute wesentlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung zur lettischen EU-Mitgliedschaft hat, ist die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 (Austers 2016: 103). Die Ukraine Krise hat die lettische Bevölkerung stark verunsichert, das Misstrauen gegenüber dem russischen Nachbarn hat deutlich zugenommen und sicherheitspolitische Interessen sind in den Fokus gerückt. Viele sahen die Notwendigkeit einer umfassenden Westintegration bestätigt, weswegen seit 2014 die Umfragewerte der Europäischen Union deutlich positiver ausfallen (ebd.). Die Auswirkungen des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses Lettlands reichen bis ins Jahr 2017 und erklären, warum der Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene in allen untersuchten Ausprägungen abgenommen hat. Es ist jedoch

auffällig, dass der Wert des identitätsbasierten Euroskeptizismus mit 47 Prozent im Jahr 2017 immer noch sehr hoch ist, sich gegenüber dem Wert des Jahres 2010 nur unwesentlich verändert hat und auch deutlich über dem EU-Durchschnitt von 35 Prozent liegt (Europäische Kommission 2017: T132).

Das lettische Nationalbewusstsein ist stark ausgeprägt, dies hängt mit der Geschichte des Landes zusammen. Lettland ist sehr klein und blickt auf eine lange Zeit der Fremdherrschaft zurück. Ab Mitte des 13. Jahrhunderts wurde das Gebiet des heutigen Lettlands vom Deutschen Orden kontrolliert (Šimkuva 2014). Der deutsch-baltische Adel behielt seine Vormachtstellung auch, als die Region unter litauisch-polnischer und später schwedischer Herrschaft stand (ebd.). Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Gebiet des heutigen Lettlands dem russischen Zarenreich angegliedert (Krause 2012: 57), in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden gezielt Teile der russischen Bevölkerung in die Region umgesiedelt, um die deutsche Vormachtstellung zu beenden und den Einfluss des russischen Zaren vergrößern (ebd.). Als das Zarenreich von der Revolution im Jahr 1905 geschwächt war, wurde die Forderung nach einem eigenständigen lettischen Staat laut, 1918 wurde schließlich die Republik Lettland ausgerufen (Krause 2012: 58). Die Zeit der Souveränität endete jedoch recht bald. Im Jahr 1940 wurde Lettland von der roten Armee besetzt und in die Sowjetunion zwangseingegliedert, es folgte 1941 eine dreijährige Besatzung Lettlands durch das Deutsche Reich (ebd.). 1944 begann die zweite sowjetische Besatzungszeit, die erst 1991 mit der Wiederherstellung der lettischen Unabhängigkeit endete (Krause 2012: 59ff.).

Trotz der jahrhundertelangen Fremdherrschaft entstand im 19. Jahrhundert ein lettisches Nationalbewusstsein unter der gebildeten lettischen Bevölkerung (ebd. 57). Die kulturelle Bewegung *Jaunlatvieši*, übersetzt die Jungletten, trugen entscheidend zu dieser Entwicklung bei. Sie setzte sich für die lettische Literatur ein, entdeckte Bräuche, Volkslieder und andere Traditionen wieder und begründete die erste Generation, die sich selbst nicht als deutsch oder russisch, sondern als lettisch betrachtete (ebd.). In dieser Zeit, begünstigt von der zunehmenden Alphabetisierung der Bevölkerung, entstanden zahlreiche lettische Kulturvereine und das Streben nach mehr nationaler Selbstbestimmung nahm seinen Anfang (ebd.). Während der sowjetischen Besatzungszeit fand erneut eine Rückbesinnung auf die eigene lettische Nationalität und Kultur statt. Insbesondere die von der sowjetischen Besatzungsmacht forcierte Russifizierung Lettlands verstärkte unter den ethnischen Lett_innen das Bedürfnis die lettische Kultur und Sprache zu schützen und die Bewahrung der

eigenen ethnischen Identität wurde als Ausdruck nationalen Widerstandes verstanden (Lazda 2009: 519f.). Bis heute ist die Frage der Nationalität und ethnischen Zugehörigkeit in Lettland von großer Bedeutung. Die Spaltung der Bevölkerung in einen ethnisch lettischen Teil und in eine russischsprachige Minderheit, die sich in erster Linie aus ethnischen Russ_innen, aber auch Ukrainer_innen und Weißruss_innen zusammensetzt (Lazda 2009: 522) und 40 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, prägt im Alltag das gesellschaftliche Zusammenleben und die Politik, insbesondere die Sprach- und Einbürgerungspolitik (Austers 2016: 92). So ist zu erklären, warum die Identifikation mit der eigenen Nationalität in Lettland besonders stark ausgeprägt ist. Allerdings ist es fraglich, ob dieses Antwortverhalten tatsächlich Ausdruck eines starken identitätsbasierten Euroskeptizismus ist, oder lediglich die übergeordnete Bedeutung der eigenen Nationalität in der lettischen Bevölkerung widerspiegelt.

Die diversen Krisen, die die EU innerhalb des letzten Jahrzehntes vor neue Herausforderungen gestellt haben, werden auch von den Menschen in Lettland wahrgenommen. So hatten beispielsweise die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise, der bevorstehende Brexit und die Migrations- und Flüchtlingskrise negative Auswirkungen auf das Bild der EU in der lettischen Bevölkerung (Austers 2016: 96). Trotz allem schädigen die Krisen das Ansehen der Europäischen Union (bisher) nicht nachhaltig, da der Großteil der lettischen Bevölkerung keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft sieht (Austers 2016: 87).

Schaut man sich die erhobenen Daten zum Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene in Tschechien an, fällt auf, dass die Veränderungen im Meinungsbild keinen klaren Trend wie in Lettland aufweisen. Während sowohl die politische Dimension (+ vier Prozentpunkte) als auch die demokratische Dimension (+ elf Prozentpunkte) des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene zwischen 2010 und 2017 zugenommen haben, ist der identitätsbasierte Euroskeptizismus im Zeitverlauf stark rückläufig, sinkt von 59 Prozent im Jahr 2010 auf 37 Prozent im Jahr 2017. Der ökonomische/utilitaristische Euroskeptizismus bleibt wiederum unverändert auf einem Niveau von 35 Prozent. Wie ist eine solch divergente Entwicklung zu erklären und wie kommt es insbesondere bei der identitätsbasierten Dimension des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene, die als diffuse Kritik im Zeitverlauf normalerweise konstante Werte aufweist, zu einem derart starken Wandel?

Die Gründe hierfür liegen weniger offen auf der Hand als in Lettland. Der im Zeitverlauf konstant gebliebene Wert des ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus, der in etwa dem EU-Durchschnitt entspricht (vgl. Europäische Kommission 2010: 27; Europäische

Kommission 2017: T95), lässt sich darauf zurückführen, dass die wirtschaftliche Situation in Tschechien kaum Anlass zur Sorge bietet. Insbesondere die letzten Jahre sind von starkem Wachstum geprägt, das in Form von höheren Löhnen und einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote auch in der tschechischen Bevölkerung zu spüren ist (Benz 2018).

Auf politischer Ebene sieht das Bild anders aus. Dabei gilt es zu bedenken, dass der öffentliche EU-Diskurs in Tschechien von Anfang an deutlich kritischer war als in anderen Ländern der EU-Osterweiterung. Dieser war lange eng verknüpft mit dem einflussreichen Euroskeptiker Václav Klaus, der von 1993 bis 1997 Ministerpräsident des Landes war, 2003 für zehn Jahre dessen Präsident wurde und auch heute noch den tschechischen Europadiskurs maßgeblich prägt (Havlík et al. 2017: 116f.). Gleichzeitig setzte sich in den unterschiedlichen Regierungskoalitionen über die Jahre ein gemeinsames Argumentationsmuster durch, das man als „*Blaming Brussels*“ bezeichnen kann: Für unpopuläre Entscheidungen wird die Europäische Union verantwortlich gemacht, während Erfolge, die auf europäischer Ebene erzielt wurden, als nationale Errungenschaften verkauft werden (Kovář 2018; Koreň 2018). Das bedeutet, dass die politische Elite im Land im Hinblick auf die EU ein negatives Meinungsklima begünstigt. Grundsätzlich wird das Meinungsbild der Europäischen Union in Tschechien in gleichem Maße von inneren wie von äußeren Faktoren beeinflusst. So haben in Tschechien die diversen Krisen der Europäischen Union (äußere Faktoren) nachhaltig Einfluss auf den Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene, aber auch die Zufriedenheit mit den nationalen politischen Akteuren und dem demokratischen Prozess im Land spielen für die Bewertung der EU eine Rolle (innere Faktoren). In Lettland wiederum sind vor allem äußere Faktoren für die Umfrageergebnisse der EU von Bedeutung. Sowohl der restriktive Sparkurs, den die EU Lettland nach der Wirtschaftskrise 2008 verordnet hat, als auch die Ukraine Krise waren exogener Natur, da sie von außen auf das Land wirkten.

Mit dem Einfluss, den innenpolitische Entwicklungen in Tschechien auf das Bild der EU haben, ist zu erklären, warum seit 2009 ein Abwärtstrend in den Meinungsumfragen zur tschechischen EU-Mitgliedschaft zu beobachten ist (Marek und Baun 2011: 33; Havlík et al. 2017: 88). Obwohl Tschechien im Gegensatz zu Lettland nicht unmittelbar von der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war, nutzte die zu dem Zeitpunkt regierende ODS die Krise, um in Tschechien umstrittene neoliberale Reformen durchzusetzen, die wiederum erhebliche soziale Kosten zur Folge hatten (Císař 2017: 5). In den Augen vieler

Tschech_innen handelte die ODS ohne Legitimation und es formierten sich landesweit Proteste (ebd.).

Während die negative Bewertung der nationalen Institutionen in Lettland keine Auswirkung auf das Ansehen der EU hat (Austers 2016: 87), überträgt sich in Tschechien die Unzufriedenheit mit der nationalen Regierung bzw. den nationalen politischen Eliten schnell auf den gesamten demokratischen Prozess und auch auf die Europäische Union, da sie als Teil desselben politischen Systems gilt (Havlík et al. 2017: 89). So lässt sich erklären, warum mit dem Korruptionsskandal, der 2010 das tschechische Parteiensystem erschütterte, das ohnehin niedrige Maß an Vertrauen in die Politik und ihre Entscheidungsträger_innen weiter sank und warum dieser Trend auch Auswirkungen auf das Ansehen der Europäischen Union hatte (Just und Charvát 2016: 92).

Während die Beliebtheitswerte der EU in Lettland ab 2014 aufgrund von Russlands geopolitischem Expansionsbestreben in der Ukraine Auftrieb erhielten, blieb das Bild der EU in der tschechischen Bevölkerung von der Ukrainekrise unberührt, da Tschechien schon wegen seiner geografischen Distanz zu Russland nichts Derartiges zu befürchten hat (Lazarová 2014). Dafür waren die Auswirkungen der Migrations- und Flüchtlingskrise 2015 umso deutlicher zu spüren. Migration und die Gefahren, die man ihr zuschrieb, beherrschten 2015 die öffentliche Debatte in Tschechien (Císař 2017: 9). Der Anstieg des politischen Euroskeptizismus und des demokratischen Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene zwischen 2010 und 2017 sind insbesondere auf die Migrations- und Flüchtlingskrise zurückzuführen. Tschechien weigert sich bis heute im Zuge des europäischen Relocation-Programmes geflüchtete Menschen aufzunehmen (vgl. Raith 2018). Dass ausgerechnet der identitätsbasierte Euroskeptizismus im Untersuchungszeitraum stark rückläufig war, scheint überraschend, hängt dieser doch mit dem Thema Einwanderung zusammen (Leconte 2010: 183).

Auch die tschechische Nation blickt auf eine von Fremdherrschaft geprägte Geschichte zurück. Nach 400 Jahren als Teil der Habsburger Monarchie folgte ab 1918 eine kurze Phase der tschechoslowakischen Unabhängigkeit, die 1938 mit dem Münchner Abkommen und der darauffolgenden deutschen Okkupation endete (Weger 2012). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Tschechoslowakei erneut für kurze Zeit unabhängig, bevor sie von 1948 bis 1989 als Satellitenstaat der Sowjetunion unter kommunistischer Herrschaft stand (ebd.). Anders als in Lettland führten diese Erfahrungen nicht zu einem Erstarren des Patriotismus, sondern

erschwerten es der tschechischen Bevölkerung nach der wiedererlangten Unabhängigkeit sich mit dem Staat und seinen Institutionen zu identifizieren (Marek und Baun 2011: 27).

Aufgrund der geografischen Lage mitten in Europa und dem Bekenntnis zu demokratischen Strukturen orientierte sich die Tschechoslowakei, ab 1993 die Tschechische Republik, an Westeuropa, der „*Return-to-Europe*“-Diskurs wurde in dieser Zeit identitätsstiftend und als Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln empfunden (ebd. 28). Doch trotz des klaren Bekenntnisses zur Europäischen Union waren insbesondere die Jahre vor dem Beitritt geprägt vom Zweifel an der eigenen Rolle in der EU, gepaart mit einer schicksalsergebenen „*Whatever-comes-might-be-worse*“-Mentalität, die sich aus der in der Vergangenheit erlebten Machtlosigkeit speiste (Brodský 2004: 18ff.). Ebenfalls historisch bedingt ist die Aversion vieler Tschech_innen gegenüber einer Vertiefung der europäischen Integration, da sie die Schwächung ihrer verhältnismäßig jungen Souveränität fürchten (Marek und Baun 2011: 30), ein Argument, das auch Václav Klaus immer wieder vorbrachte, wenn es um die Gestalt der Europäischen Union ging. An dieser Stelle zeigt sich erneut, dass die Wahrnehmung der EU in Lettland und Tschechien in Hinblick auf die nationale Souveränität grundlegend unterschiedlich ist: Während die Wahrung der nationalen Souveränität in Lettland ausschlaggebend für den EU-Beitritt war, sieht Tschechien die Wahrung der nationalen Souveränität durch die EU-Mitgliedschaft erschwert.

Von welchem Blickwinkel aus man den identitätsbasierten Euroskeptizismus in Tschechien auch betrachtet, eine logische Erklärung für den sehr hohen Wert im Jahr 2010 und den drastischen Rückgang 2017 erschließt sich nicht, insbesondere da der Großteil der befragten Tschech_innen schon 2004, direkt nach dem Beitritt, angab, dass für sie das Gefühl europäisch zu sein einen Teil ihrer tschechischen Identität ausmache (Marek und Baun 2011: 29). Da auch die Umfrageergebnisse zum identitätsbasierten Euroskeptizismus in Lettland weniger Aufschluss über eine euroskeptische Einstellung als vielmehr über den hohen Stellenwert der nationalen und ethnischen Zugehörigkeit im Land geben, muss die Frage gestellt werden, ob identitätsbasierter Euroskeptizismus über die aus dem Eurobarometer herangezogene Frage überhaupt gemessen werden kann, da sich nach Abschluss der Untersuchung Zweifel an der Validität dieser Vorgehensweise bzw. dieses Indikators aufdrängen. Diese und weitere Fragen werden in Kapitel 8 im Zuge der Diskussion der Ergebnisse berücksichtigt.

7 Fazit

Abschließend soll zum Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung zurückgekehrt werden, der Forschungsfrage „Warum ist das Phänomen des Euroskeptizismus in den Ländern der EU-Osterweiterung unterschiedlich stark ausgeprägt?“.

Der zweiteilige Vergleich der Länder Lettland und Tschechien in Bezug auf den in ihrer Parteienlandschaft und Bevölkerung vorhandenen Euroskeptizismus hat gezeigt, dass mehrere Faktoren für die Ausprägung und Stärke des Euroskeptizismus von Bedeutung sind. Eine zentrale Rolle nimmt dabei die nationale Unabhängigkeit ein. Das heißt, die Frage ob und in welchem Umfang der Nährboden für Euroskeptizismus auf Parteebene und auf Bevölkerungsebene vorhanden ist, hängt entscheidend davon ab, ob der EU-Mitgliedschaft positive oder negative Auswirkungen auf die nationale Souveränität des eigenen Landes zugeschrieben werden. So wird in Lettland die EU als unabdingbar für den Erhalt der nationalen Unabhängigkeit betrachtet, während in Tschechien in der EU-Mitgliedschaft das Risiko eines Souveränitätsverlustes und einer Schwächung des tschechischen Nationalstaats gesehen wird.

Die unterschiedliche Bewertung der EU-Mitgliedschaft im Hinblick auf die nationale Souveränität des eigenen Landes hat in erster Linie historische Ursachen. In Lettland hat die Zeit der sowjetischen Besatzung nicht nur im Bewusstsein der Menschen Spuren hinterlassen, auch die ethnische Zusammensetzung der heutigen lettischen Gesellschaft ist ein Resultat der zaristischen und sowjetischen Russifizierungspolitik in dem baltischen Staat. Die Sorge vor der Umsetzung russischer Interessenpolitik in Lettland wird auch durch die geografische Nähe zu Russland und der verhältnismäßig kleinen Größe des Landes begünstigt. Die Notwendigkeit der EU-Mitgliedschaft als Absicherung gegen russische Einflussnahme und für den Schutz der lettischen Souveränität wurde seit Wiedererlangen der lettischen Unabhängigkeit 1991 von Seiten der politischen Eliten im Land betont. Bis heute wird die EU-Mitgliedschaft vom Großteil der Parteien und der Bevölkerung als Voraussetzung für einen souveränen lettischen Nationalstaat betrachtet, insbesondere seitdem Russland die Krim annektiert hat.

Tschechien war nie Mitglied der Sowjetunion, auch wenn die Tschechoslowakei als Satellitenstaat unter deren Einfluss stand. In Tschechien hat die jahrhundertelange Zeit der Fremdherrschaft durch verschiedene europäische Mächte andere Folgen gehabt. Misstrauen in politische und staatliche Eliten ist in Tschechien besonders stark ausgeprägt, die

Identifikation mit dem Staat und seinen Institutionen ist entsprechend schwach. Aus diesem Grund wird auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als Projekt der politischen Eliten Europas kritisch gesehen, wobei die Zugehörigkeit zu Europa schon aufgrund der geografischen Lage des Landes nicht bestritten wird. Die Vertiefung der Europäischen Integration wird aus Sorge vor einem Verlust der tschechischen Souveränität seit Mitte der 1990er Jahre mit Skepsis betrachtet – sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch von politischen Akteur_innen wie etwa Václav Klaus und der ODS.

Die Tatsache, dass jedes Land seinen Platz sowohl auf der Landkarte als auch in den Geschichtsbüchern hat, bestimmt also maßgeblich, wie die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes von Bevölkerung und Parteien bewertet wird. So ist zu erklären, warum der Euroskeptizismus in Tschechien verhältnismäßig stark ausgeprägt ist, während er in Lettland kaum vorhanden ist.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass andere Faktoren ebenfalls Auswirkungen auf die Bewertung der EU-Mitgliedschaft und den Euroskeptizismusgrad im Land haben. Dazu zählen sowohl innere Faktoren wie innenpolitische Krisen oder die ökonomische Situation des Landes als auch äußere Faktoren wie außenpolitische Krisen oder die Zufriedenheit mit dem politischen Output der EU. Das Maß des Einflusses, das diese Faktoren auf die Stärke des Euroskeptizismus im Land entfalten können, wird jedoch begrenzt von der Bedeutung, die die EU-Mitgliedschaft für die nationale Unabhängigkeit hat. So ist etwa zu erklären, warum in Lettland in der ersten Parlamentswahl nach der Rezessionsphase im Jahr 2011 in den Wahlprogrammen der untersuchten Parteien kein einziger Kritikpunkt an der EU gefunden werden konnte, obwohl diese erhebliche soziale Kosten zur Folge hatte und die Regierung unter großem Druck stand, um den geforderten Sparkurs umzusetzen. Die EU-Mitgliedschaft wird schlichtweg als alternativlos empfunden.

In Tschechien wiederum haben sowohl innere als auch äußere Faktoren einen viel größeren Einfluss auf den EU-Diskurs von Parteiprogrammen und auch die Bevölkerung geht mit der EU härter ins Gericht als in Lettland, weil die EU-Mitgliedschaft zwar akzeptiert wird, sie aber als (potentielle) Einschränkung der nationalen Souveränität betrachtet und somit ohnehin kritischer bewertet wird als in Lettland.

Man könnte das Ergebnis der Untersuchung also wie folgt zusammenfassen: Das Phänomen des Euroskeptizismus in den Ländern der EU-Osterweiterung ist vor allem deshalb so unterschiedlich stark ausgeprägt, weil die Auswirkung der EU-Mitgliedschaft auf ihre nationale

Souveränität unterschiedlich bewertet wird. Mit anderen Worten, je kritischer die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft für die Unabhängigkeit des Nationalstaates gesehen wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich euroskeptische Kräfte und Positionen in Parteiensystem und Bevölkerung etablieren können und über einen langen Zeitraum hinweg Bestand haben.

8 Diskussion und Ausblick

Die in dieser Arbeit vorgenommene Untersuchung basiert auf der Methode des strukturiert-fokussierenden Vergleichs. Die Methode erlaubt es die für den Vergleich benötigten Daten für alle untersuchten Fälle nach gleichem Muster zu erheben. Da das Phänomen des Euroskeptizismus nicht mittels einer einzigen Theorie holistisch untersucht werden kann, wurde der Euroskeptizismus in die Unterkategorien Euroskeptizismus auf Parteebene und Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene unterteilt. Insbesondere unter diesem Aspekt hat sich die Methode des fokussiert-strukturierenden Vergleichs bewährt, da sie die Betrachtung einzelner Untersuchungsblöcke mit jeweils eigenen Theorien ermöglicht.

Für den ersten Untersuchungsblock Euroskeptizismus auf Parteebene wurde die Theorie des *hard Euroscepticism/soft Euroscepticism* von Taggart und Szczerbiak herangezogen. Sie ist die in der Euroskeptizismusforschung am meisten beachtete Theorie zur Erfassung des parteiebasierten Euroskeptizismus. Das theoretische Konzept eignet sich, um das Vorhandensein von euroskeptischen Positionen in einer Partei zu untersuchen und unterscheidet dabei zwei Kategorien, den *soft* und den *hard Euroscepticism*.

Nachdem das ursprüngliche Modell aufgrund mangelnder Trennschärfe und zu hoher Durchlässigkeit in der Kategorie des *soft Euroscepticism* kritisiert wurde, haben Taggart und Szczerbiak ihr erstes theoretisches Konzept überarbeitet, sodass ein eindeutigeres Trennmuster zur Einordnung der Parteien entstanden ist und die Operationalisierbarkeit entsprechend verbessert wurde (vgl. Szczerbiak und Taggart 2008: 242). Die überarbeitete Theorie hat in dieser Arbeit Anwendung gefunden, da sie – vorausgesetzt eine ausreichende Datenbasis liegt vor - eine präzise Einordnung der Parteien des euroskeptischen Spektrums in die Kategorien *hard* bzw. *soft Euroscepticism* ermöglicht. Taggart und Szczerbiak berücksichtigen außerdem, dass nicht jede Form von Kritik an der Europäischen Union ein Ausdruck von Euroskeptizismus ist (ebd.). Für eine ideologische Kategorisierung von

euroskeptischen Parteien eignet sich die Theorie jedoch nicht, da die politische Gesinnung, die hinter den jeweiligen euroskeptischen Positionen steht, keine Beachtung findet, wie man anhand der tschechischen Parteien des *soft Euroscepticism* sehen kann. Nichtsdestotrotz war die Anwendung der Theorie in der vorliegenden Arbeit zweckdienlich und die untersuchten Parteien konnten anhand ihres generellen Euroskeptizismusgrades kategorisiert werden. Allerdings sollte darauf hingewiesen werden, dass die Untersuchung des Euroskeptizismus auf Parteebene ein paar Schwachpunkte aufweist.

Aufgrund der zeitlich nicht übereinstimmenden Legislaturperioden in Lettland und Tschechien ist die Vergleichbarkeit beider Fälle beeinträchtigt. In Lettland haben die letzten beiden Parlamentswahlen 2011 und 2014 stattgefunden, in Tschechien war das in den Jahren 2013 und 2017 der Fall. So konnte beispielsweise der Einfluss der Migrations- und Flüchtlingskrise auf das lettische Parteiensystem im Rahmen dieser Untersuchung nicht erfasst werden, da das Thema 2014 noch keine politische Relevanz hatte, während sie 2017 im Wahlkampf der tschechischen Parteien stark präsent war und auch für deren Einordnung als euroskeptische Partei eine Rolle spielt.

Für die Untersuchung nachteilig war außerdem die Datenlage zur *Harmonie* und KSČM. Beide Parteien äußern sich in ihren Wahlprogrammen nicht umfassend genug zu europäischen Themen. Um die Einstellung zur Europäischen Union bestimmen zu können, musste im Fall der *Harmonie* daher auf das allgemeine Parteiprogramm zurückgegriffen werden. Eine klare Beurteilung der KSČM hinsichtlich euroskeptischer Positionen war nur durch Bezugnahme auf Sekundärliteratur möglich.

Trotz der genannten Schwächen hat der Vergleich des Euroskeptizismus auf Parteebene in Lettland und Tschechien zu neuen Erkenntnissen geführt. Es konnten strukturelle Unterschiede zwischen dem lettischen und dem tschechischen Parteiensystem festgestellt werden, die ausschlaggebend dafür sind, ob sich Euroskeptizismus innerhalb eines Landes über die Parteien institutionalisieren kann oder nicht. Das Motiv staatlicher Unabhängigkeit spielt dabei in beiden Ländern eine große Rolle.

Der zweite Untersuchungsblock basiert auf der theoretischen Grundlage von Havlík et al. (2017), welche maßgeblich von Eastons Theorie des *Political Support* beeinflusst wurde (1975). So werden mittels einzelner Fragen aus dem Eurobarometer verschiedene Ausprägungen von Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene untersucht. Die Eurobarometerumfrage wird seit den 1970er Jahren zweimal jährlich in allen Mitgliedsländern

der EU durchgeführt (Sørensen 2008: 7). Die Fragestellung erfolgt in Form von *face-to-face*-Interviews in der jeweiligen Landessprache (Karmasin und Pitters 2008: 441), wodurch sich zwangsläufig sprachlich bedingte Anpassungen des Wortlautes ergeben, der Kern der Frage bleibt davon jedoch unberührt. Im Hinblick auf Umfang und Kontinuität ist das Eurobarometer ein einzigartiges Instrument zur Erfassung von Meinungsbildern und -trends innerhalb der Europäischen Union und bietet zunächst einmal gute Voraussetzungen für die Vergleichbarkeit der erhobenen Daten (ebd. 437).

Nichtsdestotrotz war die Verwertung der Ergebnisse aus dem Eurobarometer in der vorliegenden Arbeit an einigen Stellen mit Schwierigkeiten verbunden. Ein wesentliches Problem war der Wegfall der Frage zur Erfassung des ökonomischen/utilitaristischen Euroskeptizismus aus dem Eurobarometer 2010. Durch das Heranziehen einer Ersatzfrage für das Jahr 2017 ist es fraglich, ob die Ergebnisse aus beiden Umfragen überhaupt miteinander vergleichbar sind, da schon leichte Änderungen in der Fragestellung Auswirkungen auf das Antwortverhalten haben (vgl. Havlík et al. 2017: 77).

Außerdem ist es zweifelhaft, ob eine exklusiv-nationale Selbstwahrnehmung tatsächlich mit identitätsbasiertem Euroskeptizismus einhergeht. Zwar ist es in der Euroskeptizismusforschung recht verbreitet den identitätsbasierten Euroskeptizismus mittels der Frage nach der eigenen Selbstwahrnehmung im nationalen bzw. europäischen Kontext zu erheben (Vasilopoulou 2018: 25), im Zuge der vorliegenden Untersuchung sind an der Validität dieser Vorgehensweise jedoch Zweifel aufgekommen.

Alles in allem hat die Untersuchung des Euroskeptizismus auf Bevölkerungsebene jedoch zu Erkenntnissen geführt, die sich mit den Ergebnissen aus der Untersuchung des Euroskeptizismus auf Parteebene in Einklang bringen lassen und die Unterschiede in Stärke und Ausprägung von Euroskeptizismus in Lettland und Tschechien belegen.

Ein Kritikpunkt, der im Zuge der Diskussion noch erwähnt werden soll, richtet sich generell an die Theorien, die es zur Untersuchung von Euroskeptizismus gibt. Was gemäß Almeida viele Theorien gemeinsam haben (2012: 27), zumindest aber die Theorien, die in dieser Arbeit Anwendung gefunden haben, ist ihr niedriger Grad an analytischer Tiefe. Sowohl Taggart's und Szczerbiak's Theorie zur Erfassung von Euroskeptizismus auf Parteebene als auch die Arbeit von Havlík et al. gehen kaum über die deskriptive Dimension der Untersuchung hinaus. Der theoretische Rahmen bietet keine Orientierung für die Analyse der Untersuchungsergebnisse, sodass diese unabhängig von den Theorien erfolgen muss.

Eine weitere Schwierigkeit bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Euroskeptizismus ist, dass dem Begriff Euroskeptizismus aufgrund seiner ursprünglichen Verwendung als politischer Kampfbegriff eine normative Wertung anhängt. Dadurch entsteht auch im wissenschaftlichen Kontext – ob bewusst oder unbewusst - der Eindruck, dass Vertreter_innen euroskeptischer Positionen ihren nicht-euroskeptischen Pendanten moralisch unterlegen seien. Dies ist hinsichtlich der in der Wissenschaft geforderten Wertfreiheit problematisch.

Den Abschluss der vorliegenden Arbeit bildet der Ausblick über weitere Forschungsvorhaben. Ausgehend von dieser Untersuchung sollte die Bedeutung der EU für die nationale Unabhängigkeit ihrer Mitgliedstaaten weiter untersucht werden. Es ist zu überprüfen, ob auch weiterführende Studien zu dem Ergebnis kommen, dass das Auftreten und Erstarken von Euroskeptizismus maßgeblich von der Beurteilung abhängt, ob die Unabhängigkeit eines Landes durch die EU-Mitgliedschaft beeinträchtigt wird oder nicht. Dies ist ohnehin notwendig, da der Generalisierungsgrad einer vergleichenden Fallstudie verhältnismäßig gering ist (Jahn 2013: 180). So bietet es sich zum Beispiel an den Euroskeptizismus in Estland zu untersuchen, da sich Estland und Lettland hinsichtlich demografischer sowie geografischer Voraussetzungen ähneln und aus diesem Grund ein ähnliches Ergebnis zu erwarten wäre. Darüber hinaus könnte im Rahmen einer Studie geprüft werden, ob das lettische Parteiensystem nach der Parlamentswahl 2018 aufgrund der Migrations- und Flüchtlingskrise euroskeptischer geworden ist oder nicht. Außerdem könnte die weiterführende Forschung untersuchen, inwieweit der Eintritt neuer, populistischer Parteien in den politischen Wettbewerb den EU-Diskurs von etablierten Volksparteien in Europa mittel- bzw. langfristig beeinflusst.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Adam, Silke (2009): Euroscepticism and the Mass Media. An analysis of the form of contention in the German and French debates on a European constitution. In: Fuchs, Dieter et al. [Hrsg.], *Euroscepticism: Images of Europe among mass publics and political elites*. Opladen/Berlin/Toronto, Barbara Budrich Publishers, S. 193-211.
- Almeida, Dimitri (2012): *The Impact of European Integration on Political Parties – Beyond the Permissive Consensus*. London/New York, Routledge.
- Anderson, Peter und Weymouth, Tony (1999): *Insulting the Public? British Press and The European Union*. Abingdon-On-Thames, Routledge.
- ANO (2017): Program hnutí ANO pro volby do Poslanecké sněmovny 2017. Prag. URL: <https://www.anobudlip.cz/file/edee/2017/09/program-hnuti-ano-pro-volby-do-poslanecke-snemovny.pdf> (letzter Zugriff: 07.06.2018).
- Apals, Gints (2017): Euroscepticism in Latvian Politics: Twenty-Five Years of Change. In: Bukovskis, Kārlis et al. [Hrsg.], *Euroscepticism in the Baltic States – Uncovering Issues, People and Stereotypes*. Riga, Latvian Institute of International Affairs, S. 15-37.
- Austers, Aldis (2016): The Case of Latvia: Popular Euroscepticism in *Impasse*. In: Bukovskis, Kārlis [Hrsg.], *Euroscepticism in small EU Member States*. Riga, Latvian Institute of International Affairs, S.85-107.
- Bagus, Philipp (2010): Die Tragik Griechenlands – Es verlieren beide, Retter und Gerettete. In: Der Hauptstadtbrief 130 [online], 26.06.2015. URL: <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/109-der-hauptstadtbrief-130/850-die-tragik-griechenlands-es-verlieren-beide-retter-und-gerettete> (letzter Zugriff: 15.06.2018).
- Bennett, Andrew und George, Alexander (2004): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge, Belfer Center for Science and International Affairs.
- Benz, Matthias (2018): Ostmitteleuropa erlebt einen wirtschaftlichen Höhenflug. In: Neue Zürcher Zeitung [online], 14.03.2018. URL: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/ostmitteleuropa-erlebt-einen-wirtschaftlichen-hoehenflug-ld.1365799> (letzter Zugriff: 06.07.2018).
- Boomgaarden, Hajo / Schuck, Andreas / Elenbaas, Matthijs / de Vreese, Claes (2011): Mapping EU attitudes: Conceptual and empirical dimensions of Euroscepticism and EU support. In: *European Union Politics*, Vol. 12, Issue 2, S. 241-266. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1465116510395411> (letzter Zugriff: 24.04.2018).
- Brack, Nathalie (2015): The role of Eurosceptic Members of the European Parliament and their implications for the EU. In: *International Political Science Review*, Vol. 36, Issue 3, S. 337-350. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0192512115571590> (letzter Zugriff: 20.04.2018).

- Brack, Nathalie (2018): *Opposing Europe in the European Parliament: Rebels and Radicals in the Chamber*. London, Palgrave Macmillan.
- Brodský, Jiří (2004): *The Czech Identity and Returning to Europe*. In: *SIEN Quarterly* 2003-2004, S.9-22. URL: http://www.publikon.hu/application/essay/276_2.pdf (letzter Zugriff: 22.06.2018).
- Büyükbay, Can (2015): *Euroscepticism in Turkey: power and beyond*. Frankfurt am Main, Peter Lang GmbH.
- Busch, Berthold (2016): *Finanzielle Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Eine Bestandsaufnahme*. IW Report 21/2016, Institut der deutschen Wirtschaft Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/291457/IW-Report_2016-21_Finanzielle_Beziehungen_EU-Mitgliedsstaaten.pdf (letzter Zugriff: 25.05.2018).
- ČSSD (2013): *Volební program ČSSD - Volby do Poslanecké sněmovny PČR 25. - 26. 10. 2013*. Prag. URL: https://www.cssd.cz/data/files/volebni_program.pdf (letzter Zugriff: 07.06.2018).
- Císař, Ondřej (2017): *Czech Republic: From Post-Communist Idealism to Economic Populism*. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/13079-20170119.pdf> (letzter Zugriff: 08.07.2018).
- Central Election Commission of Latvia (2011): *11. Saeimas vēlēšanas 2011. gada 17. Septembrī – par kandidātu sarakstiem nodotais derīgo vēlēšanu zīmju kopskaits un kandidātu sarakstu iegūtais vietu skaits*. Riga. URL: https://www.cvk.lv/pub/upload_file/Gramata_2011_TN_11_Saeimas_velesanas_gala.pdf (letzter Zugriff: 12.05.2018).
- Central Election Commission of Latvia (2014a): *"Saskaņa" sociāldemokrātiskā partija Priekšvēlēšanu programma*. Riga. URL: <http://sv2014.cvk.lv/saraksti/aaceb3ec20.html#programma> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Central Election Commission of Latvia (2014b): *12.Saeimas vēlēšanu rezultāti*. Riga. URL: http://sv2014.cvk.lv/index_rez.html (letzter Zugriff: 12.05.2018).
- Central Election Commission of Latvia (2014c): *Partija "VIENOTĪBA" Priekšvēlēšanu programma*. Riga. URL: <http://sv2014.cvk.lv/saraksti/bf9f085446.html#programma> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Central Election Commission of Latvia (2014d): *"SUVERENITĀTE" Priekšvēlēšanu programma*. Riga. URL: <http://sv2014.cvk.lv/saraksti/c22a47618f.html#programma> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Central Statistical Bureau of Latvia (2017): *Demography 2017 – Collection of Statistics*. Riga. URL: http://www.csb.gov.lv/GGTSPU-adbcc65f5d13192d-28805-6162070-pUudKdCLRqLhqxAH-LOD/sites/default/files/nr_11_demografija_2017_17_00_lv_en_0.pdf (letzter Zugriff: 24.05.2018).

- Czech Statistical Office (2013): Elections to the Chamber of Deputies of the Parliament of the Czech Republic held on 25 – 26 October 2013 – Total voting results. Prag. URL: <https://www.volby.cz/pls/ps2013/ps2?xjazyk=EN> (letzter Zugriff: 12.05.2018).
- Czech Statistical Office (2017): Elections to the Chamber of Deputies of the Parliament of the Czech Republic held on 20 -21 October 2017 – Total voting results. Prag. URL: <https://www.volby.cz/pls/ps2017nss/ps2?xjazyk=EN> (letzter Zugriff: 12.05.2018).
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science, Vol. 5, Issue 4, S. 435-457. URL: https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/AB4247844AE98071637EEE4701B171C7/S0007123400008309a.pdf/reassessment_of_the_concept_of_political_support.pdf (letzter Zugriff: 24.04.2018).
- Europäische Kommission (2010): Standard Eurobarometer 73 – Table of Results - Die Öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Brüssel. URL: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/yearFrom/1974/yearTo/2011/search/Eurobarometer/surveyKy/917> (letzter Zugriff: 10.05.2018).
- Europäische Kommission (2017a): EU Budget 2016 Financial Report. Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. URL: http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2017/financial-report_en.pdf (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Europäische Kommission (2017b): Standard Eurobarometer 88 – Anlage – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Brüssel. URL: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/search/Eurobarometer/surveyKy/2143> (letzter Zugriff: 10.05.2018).
- Europäisches Parlament (2016): EU-Haushalt auf einen Blick (Lettland). Brüssel. URL: http://www.europarl.europa.eu/external/html/budgetataglance/default_de.html#latvia (letzter Zugriff: 25.05.2018).
- Eurostat (2018): Statistik "Population on 1 January". Luxemburg, Statistisches Amt der Europäischen Union. URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tps00001&plugin=1> (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Flood, Chris (2002): Euroscepticism: A problematic concept (illustrated with particular reference to France). University Association of Contemporary European Studies, 32nd Annual Conference and 7th Research Conference, Queen's University Belfast, 2-4 September 2002. URL: <https://www.uaces.org/documents/papers/0201/flood.pdf> (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Hassel, Florian (2010): EU hilft Lettland – aber Griechenland nicht. In: Die Welt [online], 07.04.2010. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article7088041/EU-hilft-Lettland-aber-Griechenland-nicht.html> (letzter Zugriff: 15.06.2018).
- Havlík, Vlastimil und Voda, Petr (2016): The Rise of New Political Parties and Re-Alignment of Party Politics in the Czech Republic. In: Acta Politologica, Vol. 8, Issue 2, S. 119-144. URL: <https://acpo.vedeckecasopisy.cz/publicFiles/001209.pdf> (letzter Zugriff: 08.06.2018).

- Havlík, Vlastimil / Hloušek, Vít / Kaniok, Petr (2017): *Europeanised Defiance – Czech Euroscepticism since 2004*. Opladen/Berlin/Toronto, Barbara Budrich Publishers.
- Hloušek, Vít und Pšeja, Pavel (2011): *Europeanization of Political Parties and the Party System in the Czech Republic*. In: Haughton, Tim [Hrsg.], *Party Politics in Central and Eastern Europe. Does EU Membership Matter?* Abingdon/New York, Routledge, S. 101-127.
- Hloušek, Vít und Kaniok, Petr (2013): *Election Briefing No 74: Europe and the 2013 Czech Parliamentary Election, October 25-26 2013*. Masaryk Universität. Brno. URL: <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=epern-election-briefing-number-74.pdf&site=266> (letzter Zugriff: 08.06.2018).
- Ijabs, Ivars (2017): *Change in Sight? 2017 Local Elections and the Left-Wing Landscape in Latvia*. Friedrich-Ebert-Stiftung Riga. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/baltikum/13704.pdf> (letzter Zugriff: 15.05.2018).
- Ijabs, Ivars und Rechmann, Werner (2014): *Trotz Ukraine-Krise kein Paradigmenwechsel bei den lettischen Parlamentswahlen*. Friedrich-Ebert-Stiftung Riga. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10970.pdf> (letzter Zugriff: 15.05.2018).
- Internationaler Währungsfonds (2018): *World Economic Outlook Database April 2018*, zitiert nach de.statista.com, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/310761/umfrage/arbeitslosenquote-in-lettland/> (letzter Zugriff: 15.06.2018).
- Jahn, Detlef (2013): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden, Springer VS.
- Juncker, Jean-Claude (2014): *Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel*. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission. Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments. Straßburg, 15.07.2014, S. 2-14. URL: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/juncker-political-guidelines-speech_de_1.pdf (letzter Zugriff: 09.07.2018).
- Just, Petr und Charvát, Jakub (2016): *Business-Firm Parties and the Czech Party System after 2010*. In: *Politics in Central Europe*, Vol. 12, Issue 3, S. 83-110. URL: <https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/pce.2016.12.issue-3/pce-2016-0018/pce-2016-0018.pdf> (letzter Zugriff: 08.06.2018).
- Karmasin, Matthias und Pitters, Harald (2008): *Methodenprobleme international vergleichender Umfragen am Beispiel des „Eurobarometer“*. In: Melischek, Gabriele et al. [Hrsg.], *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 435-450.
- Kopecky, Petr und Mudde, Cas (2002): *The Two Sides of Euroscepticism: Party Positions on European Integration in East Central Europe*. In: *European Union Politics*, Vol. 3, S. 297-326. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1465116502003003002> (letzter Zugriff: 20.04.2018).

- Koreň, Marián (2018): Analyst: Euroscepticism among Czechs will stay, even with new president. In: Euractiv [online], 26.01.2018. URL: <https://www.euractiv.com/section/central-europe/interview/analyst-euroscepticism-among-czechs-will-stay-even-with-new-president/> (letzter Zugriff: 22.06.2018).
- Kovář, Jan (2018): Euroscepticism is on the Rise in the Czech Republic. In: Emerging Europe [online], 21.02.2018. URL: <https://emerging-europe.com/voices/euroscepticism-rise-czech-republic/> (letzter Zugriff: 22.06.2018).
- Krause, Susann (2012): Nationalismus versus Integration - Rahmenbedingungen für ethnische Parteien in den baltischen Staaten. Baden-Baden, Nomos. URL: <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845238739/nationalismus-versus-integration> (letzter Zugriff: 19.06.2018).
- KSČM (2013): Volební program KSČM - Program pro Budoucnost. Prag. URL: <http://old.kscm.cz/uvodni-stranka/nas-program/volebni-program> (letzter Zugriff: 07.06.2018).
- Lang, Kai-Olaf (2003): Die baltischen Staaten vor den Toren von EU und NATO. Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02614.pdf> (letzter Zugriff: 16.05.2018).
- Lazarová, Daniela (2014): Jiří Pehe: Anti-Establishment Attitudes and Widespread Disinterest in Politics may have to do with Historic Traumas. In: Czech Radio [online], 29.05.2014. URL: <http://www.radio.cz/en/section/panorama/jiri-pehe-anti-establishment-attitudes-and-widespread-disinterest-in-politics-may-have-to-do-with-historic-traumas> (letzter Zugriff: 08.07.2018).
- Lazda, Mara (2009): Reconsidering Nationalism: The Baltic Case of Latvia in 1989. In: International Journal of Politics, Culture and Society, Vol. 22, Issue 4, S.517-536. URL: <https://link.springer.com/article/10.1007/s10767-009-9077-5> (letzter Zugriff: 19.06.2018).
- Leconte, Cécile (2010): Understanding Euroscepticism. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Leruth, Benjamin / Startin, Nicholas / Usherwood, Simon (2018): From a broad concept to a field of study. In: Leruth, Benjamin et al. [Hrsg.], *The Routledge Handbook of Euroscepticism*. Abingdon/New York, Routledge, S. 3-10.
- Linek, Lukáš und Mansfeldová, Zdenka (2006): The Impact of the EU on the Czech Party System. In: Lewis, Paul et al. [Hrsg.], *The European Union and Party Politics in Central and Eastern Europe*. Basingstoke/New York, Palgrave Macmillan, S. 20-39.
- Marek, Dan und Baun, Michael (2011): The Czech Republic and the European Union. Abingdon/New York, Routledge.
- Moreau, Patrick und Wassenberg, Birte (2016): European Integration and new Anti-Europeanism. Vol.1 - The 2014 European Election and the Rise of Euroscepticism in Western Europe. In: Studien zur Geschichte der europäischen Integration, Vol. 27. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.

- N.N. (2011): Urbanovičs- sociālisti paši sevi izslēguši no valdības veidošanas procesa. In: Latvijas Sabiedriskie Mediji [online], 07.10.2011. URL: <https://www.lsm.lv/raksts/zinas/latvija/urbanovics-socialisti-pasi-sevi-izslergusi-no-valdibas-veidosanas-procesa.a34517/> (letzter Zugriff: 21.05.2018).
- N.N. (2014a): Sozialdemokrat Sobotka zum tschechischen Premier ernannt. In: Süddeutsche Zeitung [online], 17.01.2014. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/neuer-regierungschef-in-prag-sozialdemokrat-sobotka-zum-tschechischen-premier-ernannt-1.1865577> (letzter Zugriff: 12.05.2018).
- N.N. (2014b): Regierungskoalition mit klarer Mehrheit bestätigt. In: Süddeutsche Zeitung [online], 05.10.2014. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-in-lettland-regierungskoalition-mit-klarer-mehrheit-bestaetigt-1.2159105> (letzter Zugriff: 12.05.2018).
- N.N. (2014c): «Saskaņa» pagaidām norobežojas no sociālistiem; par jauniem sabiedrotajiem lems vasarā. In: Latvijas Sabiedriskie Mediji [online], 14.03.2014. URL: <https://www.lsm.lv/raksts/zinas/zinu-analize/saskana-pagaidam-norobezojas-no-socialistiem-par-jauniem-sabiedrotajiem-lems-vasara.a79961/> (letzter Zugriff: 21.05.2018).
- N.N. (2015): Bēgļu uzņemšanai Latvijā vajadzēs Saeimas akceptu. In: Latvijas Sabiedriskie Mediji [online], 17.12.2015. URL: <https://www.lsm.lv/raksts/zinas/latvija/beglu-uznemsanai-latvija-vajadzēs-saeimas-akceptu.a160083/> (letzter Zugriff: 23.05.2018).
- N.N. (2017a): Saskaņa joins Party of European Socialists. In: Latvijas Sabiedriskie Mediji [online], 27.11.2017. URL: <https://eng.lsm.lv/article/politics/politics/saskana-joins-party-of-european-socialists.a258851/> (letzter Zugriff: 16.05.2018).
- N.N. (2017b): Saskaņa quietly ditches Putin party agreement. In: Latvijas Sabiedriskie Mediji [online], 09.10.2017. URL: <https://eng.lsm.lv/article/politics/politics/saskana-quietly-ditches-putin-party-agreement.a252983/> (letzter Zugriff: 21.05.2018).
- N.N. (2017c): Further 14 Refugees arrive to Latvia. In: Latvijas Sabiedriskie Mediji [online], 21.03.2017. URL: <https://eng.lsm.lv/article/society/society/further-14-refugees-arrive-to-latvia.a229064/> (letzter Zugriff: 22.05.2018).
- N.N. (2018): Tschechien bekommt voraussichtlich eine Minderheitsregierung. In: Deutsche Welle [online], 12.05.2018. URL: <http://p.dw.com/p/2xZ8h> (letzter Zugriff: 06.06.2018).
- Nancy, Jacques (2017): Die Europäer zwei Jahre vor der Europawahl 2019 – Eurobarometer-Sonderausgabe des Europäischen Parlaments. Brüssel, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments. URL: http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2017/2019ee/two_years_until_ee2019_synthesis_de.pdf (letzter Zugriff: 10.05.2018).
- Neumayer, Laure (2008): Euroscepticism as a political label: The use of European Union issues in political competition in the new Member States. In: European Journal of Political Research, Vol. 47, Issue 2, S.135-160. URL: <http://web.a.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=1&sid=319c286c-9514-42c9-a784-30c1a42390ef%40sessionmgr4010> (letzter Zugriff: 20.04.2018).

- Oberkirch, Thomas und Schild, Joachim (2010): Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens. In: Arbeitspapiere zur Europäischen Integration Nr. 6, Universität Trier und Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH. URL: https://www.eao-otzenhausen.de/fileadmin/user_upload/EAO/Content_Ueber_uns_Dokumente/Publikationen/Arbeitspapiere_Europaeische_Integration_6_10.pdf (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- ODS (2017): Silný program pro silné Česko. Prag. URL: <https://www.ods.cz/docs/volby2017/Program-ODS-2017-web.pdf> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Orols, Andris (2014): Būsīm brīvi no Briseles, Maskavas, vai jel kā cita diktāta! In: Suverenitate Saraksts Nr. 2. [online]. URL: <http://antiglobalisti.org/wp-content/uploads/2014/09/Av%C4%ABze1.pdf> (letzter Zugriff: 16.05.2018).
- Ragozin, Leonid (2015): Latvians find unity in rejecting refugees. In: Politico [online], 25.09.2015. URL: <https://www.politico.eu/article/latvia-migration-asylum-crisis-baltics-eu/> (letzter Zugriff: 23.05.2018)
- Raith, Anne (2018): Vereint gegen Flüchtlinge, mehr nicht. In: Deutschlandfunk [online], 28.06.2018. URL: https://www.deutschlandfunk.de/visegrad-staaten-vereint-gegen-fluechtlinge-mehr-nicht.795.de.html?dram:article_id=421469 (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Reetz, Axel (2011): Das Baltikum: Stabilität in der Instabilität. Die fünften Parlamente in Estland, Lettland und Litauen. In: Zeitschrift für Parlamentsanfragen, Volume 42, Issue 1, S. 96-117. URL: <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-1758-2011-1-96.pdf?page=0> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Rostoks, Toms und Vanaga, Nora (2016): Latvia's Security and Defence Post-2014. In: Journal on Baltic Security, Vol. 2, Issue 2, S. 71-108. URL: <https://content.sciendo.com/view/journals/jobs/2/2/article-p71.xml> (letzter Zugriff: 16.05.2018).
- Saeima (2015): Balsošanas rezultāti, Patvēruma likums (242/Lp12), 3.lasījums, 17.12.2015 11:23:54, Riga. URL: http://titania.saeima.lv/LIVS12/SaeimaLIVS2_DK.nsf/0/F2056A840DCEFOADC2257F1E007E5927?OpenDocument (letzter Zugriff: 23.05.2018).
- Saskaņa (2011): The Programme of the Social Democratic Party Concord. Adopted by the SDPC Congress on 19 November 2011, Riga. URL: <http://site-50854.mozfiles.com/files/50854/Programme.pdf> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Šimkuva, Helēna (2014): Lettland. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32616 (letzter Zugriff: 19.06.2018).
- Serricchio, Fabio / Tsakatika, Myrto / Quaglia, Lucia (2013): Euroscepticism and the Global Financial Crisis. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 51, Issue 1, S. 51-64. URL: http://pubman.mpg.de/pubman/item/escidoc:1567722/component/escidoc:1935866/JCMS_51_2013_Quaglia.pdf (letzter Zugriff: 24.04.2018).

- Sørensen, Catharina (2008): Love me, love me not... A typology of public Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives. SEI Working Paper No. 101. Brighton, Sussex European Institute. URL: <https://m.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=epern-working-paper-19.pdf&site=266> (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Sozialdemokratische Partei Europas (2012): PES Activity Report 2009-2012. 9th PES Congress, 28-29 September 2012, Brussels. URL: https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/Old-documents/2012-28-09-pes-activity-report.pdf_2063069264.pdf (letzter Zugriff: 21.05.2018).
- SPD (2017): Politický Program SPD. Prag. URL: <https://www.spd.cz/program> (letzter Zugriff: 04.07.2018).
- Szczerbiak, Aleks und Taggart, Paul (2008): Theorizing Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality. In: Szczerbiak, Aleks und Taggart, Paul [Hrsg.], *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Vol. 2, Comparative and Theoretical Perspectives*. Oxford, Oxford University Press, S. 238-262.
- Szczerbiak, Aleks und Taggart, Paul (2018): Contemporary research on Euroscepticism: the state of the art. In: Leruth, Benjamin et al. [Hrsg.], *The Routledge Handbook of Euroscepticism*. Abingdon/New York, Routledge, S. 11-21.
- Taggart, Paul (1997): The Populist Politics of Euroscepticism. Brighton, University of Sussex. URL: http://aei.pitt.edu/2740/1/002543_1.pdf (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Taggart, Paul (1998): A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 33, Issue 3, S.363-388. URL: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.00387/epdf> (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Taggart, Paul und Szczerbiak, Aleks (2001): Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the Candidate States of Central and Eastern Europe. SEI Working Paper No 46. Brighton, Sussex European Institute. URL: <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=sei-working-paper-no-46.pdf&site=266> (letzter Zugriff: 20.04.2018).
- Topaloff, Liubomir (2018): Euroscepticism and Political Parties – Theory and Practice. In: Leruth, Benjamin et al. [Hrsg.], *The Routledge Handbook of Euroscepticism*. Abingdon/New York, Routledge, S. 63-74.
- Vasilopoulou, Sofia (2018): Theory, Concepts and Research Design in the Study of Euroscepticism. In: Leruth, Benjamin et al. [Hrsg.], *The Routledge Handbook of Euroscepticism*. Abingdon/New York, Routledge, S.22-35.
- Völlinger, Veronika (2017): Fünf Wege in eine europäische Zukunft. In: *Zeit* [online], 10.03.2017. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/eu-gipfel-europaeische-union-zukunft-jean-claude-juncker/komplettansicht> (letzter Zugriff: 27.06.2018).
- Weger, Tobias (2012): Tschechien – ein historischer Abriss. In: *Ost-West. Europäische Perspektiven* 13, Heft 12, S. 242-250. URL: <https://www.owep.de/artikel/499/tschechien-historischer-abriss> (letzter Zugriff: 10.07.2018).